

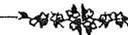
Bericht

über die

Verhandlungen des dritten Vereinstags

deutscher Arbeitervereine.

Abgehalten zu Stuttgart am 3., 4. und 5. September 1865.



Nürnberg,

Druck der Bieling'schen Buchdruckerei (J. P. W. Dieb).

1865.

Tagesordnung:

1. Koalitionsfrage und Abkürzung der Arbeitszeit (Bericht-
erstatter: Hirtzel und Martens).
2. Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht (Bericht-
erstatter: Hirsch und Hochberger).
3. Genossenschaften:
 - a) Konsumvereine (Berichterstatter: Stuttmann).
 - b) Baugenossenschaften (Berichterstatter: A. Lange).
4. Antrag des ständigen Ausschusses auf Aenderung der
Satzungen des Vereinstags (Berichterstatter: Sonnemann
und Stöckler).
5. Anträge des ständ. Ausschusses in Betreff eines Vereins-
organs (Berichterstatter: A. Lange).
6. Genossenschaftswesen, Fortsetzung:
 - c) Produktiogenossenschaften (Berichterstatter: Eduard
Pfeiffer).
 - d) Speisegenossenschaften (Berichterstatter: Bebel).
 - e) Association der Sparvereine (Berichterstatter: Stau-
dinger).
 - f) Altersversorgungskassen (Berichterstatter: Sonnemann).
 - g) Abschaffung der Wanderbücher (Berichterstatter: Bandow).
7. Die Frauenarbeit (Berichterstatter: Moriz Müller).
8. Lehrmittel (Berichterstatter: Hirsch).
9. Geschäftliches.

~~~~~  
I.

Sonntag, den 3. September 1865.

Die Versammlung wird früh 10 Uhr durch den Vor-  
sitzenden Herrn Sonnemann eröffnet. Derselbe erteilt dem  
Präsidenten des Stuttgarter Lokalkomitees, Herrn Rechtskonsulent  
Hölber, das Wort.

Hölder: Ich heiße den Verein im Namen des Lokal-Komitees, und im Namen der Stadt Stuttgart, in hiesiger Stadt herzlich willkommen. Dem Beispiele so vieler anderer Berufs-genossen folgend sind auch die Arbeiter zusammengetreten, um ihre gemeinsamen Angelegenheiten zu berathen und zu fördern. Das hohe Ziel, welches diese Versammlung sich gesetzt hat, ist die Hebung der ökonomischen, socialen, intellektuellen und sittlichen Zustände des Arbeiterstandes. Wir stehen hier bei einem der schwierigsten Probleme der Gegenwart; die Frage Ihrer Vereine gewinnt eine hohe politische Bedeutung, der Staat selbst ist bei derselben wesentlich theilhaftig. Die Arbeiter haben es aber erkannt, daß der Staat nicht unmittelbare Hülfe schaffen kann. Sie verlangen von ihm aber die Hebung der Hindernisse, welche der Entwicklung der freien Thätigkeit der Arbeiter noch im Wege stehen. Dabei haben Sie erkannt, daß Sie auf ihre eigene Kraft verwiesen sind, haben den germanischen Grundsatz der Selbsthülfe zum Leitstern genommen. Sie haben erkannt, daß Sie nicht allein für das Interesse Ihres Standes thätig sind, sondern daß die großen Fragen, welche uns beschäftigen, Sache aller derjenigen sind, welchen das Wohl und Wehe des Vaterlandes am Herzen liegt. Meine Herren! die Bestrebungen der großen freisinnigen Partei sind mit den Ihrigen solidarisch, und wenn, wie wir hoffen, Sie sich an unsern Bestrebungen theilhaben, so haben Sie den Anspruch, von der freisinnigen Partei Anerkennung und Unterstützung zu verlangen. Unsere politischen Interessen sind solidarisch. Dafür daß dieses Werk nicht eine Phrase ist, darf ich auf die Thätigkeit der freisinnigen Partei in der Volksvertretung dieses Landes hinweisen. Möge der dritte Vereinstag eine würdige Stelle einnehmen in der Reihe derjenigen Bestrebungen, welche für den Arbeiter eine selbstständige Stellung erzielen.

v. Steinbeis, Direktor der Centralstelle für Gewerbe und Handel in Stuttgart: Meine Herren! Auch ich, nicht nur Mitglied des Arbeiterbildungsvereins und des Komitees, sondern auch als ein berufener Vertreter des großen Arbeitervereines, der sich den württemb. Staat nennt, halte es für meine Aufgabe, Sie in diesem Saale willkommen zu heißen, denn was ist der Staat unserer Tage anderes, als die große Arbeitsgenossenschaft am Baue der Gegenwart und der Zukunft? Und das fleißige Württemberg hat gewiß ein besonderes Anrecht darauf, sich ein Land der Arbeit zu nennen, nachdem es durch dieselbe seine ganze gegenwärtige Blüthe sich erworben hat, und

nachdem seine Arbeitsleistungen beim großen Wettkampfe der Völker, ich meine die allgemeinen Gewerbeausstellungen, so schöne Anerkennung gefunden haben. Im großen staatlichen Arbeitervereine vertreten Sie, meine Herren, ein weites Feld derjenigen Arbeit, bei welcher man im Schweiße des Angesichts sein Brod ißt. Diese Arbeit zu ehren und zu pflegen, ist eine der schönsten Aufgaben des Staats, welche auch in diesem Lande vollständig begriffen wird. Indem ich Sie, meine Herren, willkommen heiße, habe ich anzufügen, daß Se. Majestät der König das lebendigste Interesse für das Wohl und die berechtigten Bestrebungen des Arbeiterstandes, und die besten Wünsche für einen gedeihlichen Erfolg dieser Beratungen hegt, welche wir zu beginnen im Begriffe sind, und daß die betreffenden Regierungsbehörden diesen Beratungen mit Aufmerksamkeit folgen und bemüht sein werden, den hier laut werdenden Wünschen zu entsprechen, soweit sie im Wohle der Gesamtheit begründet sind. Meine Herren! Wir haben eine Reihe wichtiger Fragen auf der Tagesordnung. Erlauben Sie mir als einem aus der Werkstätte hervorgegangenen und in einer wechselvollen Laufbahn ergrauten Manne Sie zu bitten, daß Sie diese Fragen mit derjenigen Rücksichtnahme auf die berechtigten Ansprüche aller Stände besprechen, welche ebenso der Klugheit wie die Billigkeit fordert, und alle Stände werden dann bereit sein, Ihnen zum Ziele zu verhelfen. Meine Herren, ich betrachte es als eine gute Vorbeutung für diese Versammlung, daß sie hier eingeführt ist durch die Arbeiterbildungsvereine des Landes. In der fortschreitenden Bildung, m. H., liegt die Zukunft aller Stände, liegt die Zukunft der Welt. Streben wir als Männer der Arbeit die Bildung an, so sind wir auf dem Wege zur tüchtigen Arbeit und dadurch zu unserem Wohlstand, zum allgemeinen Wohlstand und durch diesen zum Ansehen bei allen Völkern, und dadurch, dadurch allein, m. H., zur Macht. Wie das anzugreifen ist, darüber werden auch die Verhandlungen, die wir beginnen, weitere Fingerzeige geben. Was aber die Bildung des Arbeiterstandes insbesondere angeht, so kann ich als ein berufener Leiter der Arbeiterschulen dieses Landes, die wir so gerne zu wahren Hochschulen für den Arbeiterstand ausbilden möchten, nicht unterlassen, den Wunsch auszusprechen: daß Behörden und Arbeiterstand hierzu sich überall freundlich die Hand reichen möchten! Mit diesem meinem herzlichen Wunsche, m. H., heiße ich Sie nochmals willkommen!

Meier, Vorsitzender des Stuttgarter Arbeiterbildungsvereins: Wir haben uns von dem hiesigen Arbeiterbildungs-

verein an den ständigen Ausschuss gewandt mit der Bitte, in hiesiger Stadt den Vereinstag zu halten. Sie haben dieser Bitte willfahrt. Ich danke Ihnen dafür. Wir alle verfolgen einen guten Zweck, deshalb wird auch der Sieg unser sein. Meine Herren, ich heiße Sie willkommen.

Sonnemann: An den äußern Verhältnissen haben wir ein getreues Bild des inneren Fortgangs unserer Vereine: in Frankfurt, wo wir unscheinbar begannen, wurden wir nicht verstanden; in Leipzig ging es schon besser durch die Betheiligung der städtischen Behörden; in hiesiger Stadt Stuttgart hat uns nicht nur die Stadt, nicht nur die Regierung, sondern — das gesammte Bürgerthum auf's Herzlichste empfangen; dieß beweist, daß man versteht, was uns zusammenführt. Ich spreche dem Lokalkomitee meinen Dank aus für seine Bemühungen, ebenso dem Vertreter der Staatsregierung, welcher uns des lebhaftesten Interesses versichert hat, das Se. Majestät der König von Württemberg für die Angelegenheiten unseres Vereins kund gegeben hat. Ferner begrüße ich unsere Gäste aus der Schweiz und aus Frankreich, Italien, Belgien, welche nicht in feindseliger Absicht gekommen sind, sondern um den Wettstreit der Nationen zum Verständniß dessen, was dem Arbeiter noth thut, an den Tag zu legen.

Im Uebrigen habe ich auf den Rechenschaftsbericht des ständigen Ausschusses zu verweisen, und erlaube mir, die Hoffnung auszusprechen, daß auch dieser Vereinstag seine guten Früchte hinterlassen wird. Der Verein will keinen vierten Stand schaffen, wohl aber die Arbeiterklasse zur Gleichberechtigung mit dem gesammten Bürgerthum bringen. Hierbei verfolgt er einen ernsten, wenn auch langsamen Weg, und er wird zum Ziel gelangen, indem er volkswirthschaftliche Erkenntniß weckt und fördert, indem er die Bildung und geistige Hebung des Arbeiters anstrebt, indem er die Hindernisse seiner Arbeit wegräumt, indem er das Genossenschaftswesen empfiehlt, welches die Kräfte der einzelnen nicht dem Zufall und der Zersplitterung überläßt, sondern zu ordnen und zusammenzufassen bestrebt ist. Andere gehen den umgekehrten Weg. Ich erinnere an das Jahr 1848, wo das Volk die politische Macht in Händen gehabt hat, wo aber die Bewegung gescheitert ist, vorzugsweise aus Mangel an volkswirthschaftlicher Erkenntniß. Der von Sonnemann Namens des ständigen Ausschusses erstattete Jahresbericht führt aus, daß das abgelaufene Geschäftsjahr im Allgemeinen ein belebtes und zu manchen Zeiten stürmisches war. Nach wie vor habe der Ausschuss die geistige und sittliche Hebung des

Arbeiterstandes sich als eine Hauptaufgabe gestellt und es an Nichts fehlen lassen, um neue Arbeiterbildungsvereine hervorzurufen, die bestehenden besser zu organisiren und zu unterstützen, sowie ihnen Bildungsmittel zuzuführen. Die Zahl der Arbeitervereine beträgt 186, hievon haben 106 ihre Mitgliederzahl mitgetheilt, die sich auf 23,593 beläuft. Nimmt man an, daß die Vereine, welche mit ihren Angaben noch in Rückstande sind, nach gleichem Verhältnisse etwa 17,800 Mitglieder zählen, so würden die besagten Vereine 41,400 Mitglieder zählen. Die ländliche Bevölkerung ist in den Kreis der Bildungsvereine hineingezogen und namentlich in Hessen hierin ein guter Erfolg zu Tage getreten. Zu den bestehenden Gauerbänden kam in diesem Jahre der sächsische mit 20 Vereinen und 4579 Mitgliedern hinzu. Der oberbairische Verband mit 30 Vereinen erweiterte sich zu einem bairischen Landesverband. In Gotha sind Schritte zur Gründung eines thüringischen, von Nürnberg und München aus zur Herstellung eines bayerischen Verbandes geschehen; gleiches Streben gab sich in Oldenburg, im Rheinland, sowie in Westphalen kund. Im Ganzen sind bis jetzt sechs Gauerbände in Wirksamkeit: der Maingauerband, der hannoversche, der württembergische, der mittelrheinische, der sächsische und der badische Verband. Die Koalitionsfrage nahm in reichem Maße die Kräfte des Ausschusses in Anspruch, nicht minder die Herstellung einer Lohnstatistik; mannigfaltig war die Thätigkeit in Bezug auf das Genossenschaftswesen und förderte die Gründung von Spar- und Konsumvereinen. Die Zahl der im Laufe des Jahres aus den Arbeitervereinen heraus entstandenen Konsumvereine übersteigt die Ziffer 50. Fast sämtliche Anstalten arbeiten mit gutem Erfolge. Eine größere Anzahl Speise-Genossenschaften wurde gegründet, während die Altersversorgungskassen bis jetzt noch durch die Abneigung der großen Industriellen keinen Schritt vorwärts gekommen sind; die Produktivgenossenschaften beginnen an Boden und Ausdehnung zu gewinnen, und es bestehen solche bereits mit Erfolg in Berlin, Stuttgart, Chemnitz, Mainz. Anfänge sind gemacht im Wupperthale, Offenbach und Frankfurt. Dem Ausschusse sind 1230 fl. für die Zwecke des Vereinstages, darunter 875 fl. vom Nationalverein zugekommen.

Sonnemann schließt: Meine Herren, wir wollen uns das Versprechen geben, daß wir uns, wie auch unsere Entscheidungen ausfallen mögen, der Mehrheit unterwerfen, damit unsere Beratungen im Kleinen nicht ein Bild der Zerrissenheit des

Vaterlandes, sondern der Einigkeit darstellen. Ich erkläre nochmals den Vereinstag für eröffnet (Bravo).

Direktor v. Steinbeis erhält noch einmal das Wort, und bemerkt, anknüpfend an das Interesse, welches der König von Württemberg dem Verein hat kund geben lassen, daß wenige Regierungen es verstanden hätten, an die so wichtige Arbeiterfrage heranzutreten; die württembergische Regierung, zu ihrer Ehre sei dies gesagt, habe dies verstanden und habe die Herstellung der bürgerlichen Gleichberechtigung aller Klassen verkündet. Dadurch sei die Sucht der Herrschaft eines vierten Standes, welchem folgerichtig ein fünfter folgen müßte, gelähmt worden.

Horn aus Paris: Ich komme aus Paris, innig theilhaftig an der genossenschaftlichen Bewegung, welche in Deutschland sich kund giebt, und ich erlaube mir, im Namen der französischen Arbeiter den deutschen Arbeitern herzlichen Gruß und Glückwunsch zu ihren Bestrebungen zu überbringen. Was die Arbeiterbewegung in Frankreich betrifft, so gesteht man es in Frankreich zu, daß man vornämlich den guten und praktischen Vorbildern der deutschen Arbeiter Vieles verdankt. Man erkennt dies bei der großartigen Arbeiterbewegung, welche gegenwärtig in Frankreich sich kund giebt, offen an. Ich füge hinzu, daß die erste Idee allerdings französischen Ursprungs ist: schon vor dem Jahre 1848 haben die Associationsideen in Frankreich bedeutendes Aufsehen gemacht; seit der Februarrevolution sproßten die Arbeiter-Vereine massenhaft empor, sie unterlagen aber alle wieder nach Verfluß von einigen Jahren. Was wir in Frankreich von Deutschland gelernt haben, das ist, daß allein in der Selbsthilfe die Emancipation des Arbeiters liegt. Das ist auch das unterscheidende Merkmal der damaligen Arbeiterbewegung in Frankreich. Gegenwärtig sind in Frankreich Kreditgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften, Konsumvereine in vielen Städten gebildet, und größtentheils nach deutschem Vorbilde. Der Grundsatz aller damaligen Bestrebungen unter den Arbeitern Frankreichs ist, daß der Arbeiter vom Staate nichts verlangen und nichts annehmen darf, daß er alles aus sich selbst thun muß (Bravo). Die Arbeiter wollen kein Specialgesetz als Günst des Staates für sie, sondern sie verlangen nichts weiter als unter den allgemeinen Gesetzen zu stehen. Die Bewegung in Frankreich nimmt einen erfreulichen, regelmäßigen Gang. In Paris bestehen als Mittelpunkte der genossenschaftlichen Bewegung die Kreditgenossenschaften; das Monatsblatt l'association; ein Comité für eine internationale

Arbeiter-Ausstellung, welche vor einem Monate im Sydenhamer Palast ins Werk gesetzt wurde. Erlauben Sie mir, hinzuzufügen, fährt der Redner fort, daß ich mir eine gewisse Verechtigung zuerkennen darf, die Strömungen der Arbeiterbewegung zu kennen, und ich setze hinzu, daß auch die französischen Arbeiter mit Theilnahme auf die Bestrebungen unter den Arbeitern Deutschlands blicken. Invasionsgelüste sind vorüber; wenn aber je noch die Franzosen nach Deutschland eine Invasion machen wollten, so wäre es nur, um an ihren Brüdern in Deutschland zu lernen, wie man friedlich und gesetzmäßig vorwärts kommt. Ich schließe, daß der Gruß und Glückwunsch, welchen ich im Namen der Franzosen überbringe, nicht bloß ein rasch sich verflüchtendes Wort bleiben möge, sondern aus demselben ein fester Gedanke, daß aus demselben eine That sich entwickle. In dieser Beziehung spreche ich den Gedanken aus, ob nicht eine gewisse stetige internationale Verbindung zwischen den Arbeitern diesseits und jenseits des Rheins hergestellt werden könnte. Wir in Frankreich würden uns sehr glücklich schätzen, wenn dies gelänge. Ich wünsche, daß Ihr Ausschuss mit der Frage sich beschäftige, ob es nicht möglich wäre, diese zwei großen Vereine zu verbinden (Bravo).

Vorst aus Zürich: Ich überbringe Grüße aus der Schweiz, und danke im Namen der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz für die zuvorkommende Aufnahme in Ihrer Mitte. Kaum sind einige Wochen verflossen, daß unser Centralcomité in Luzern getagt hat, wo unsere Hauptaufgabe war, die nähere Verbindung mit den Vereinen in Deutschland herzustellen. Unsere Vereine in der Schweiz bestehen schon seit 25 Jahren und darüber; sie wurden zunächst zur Pflege des Gefanges gegründet. In den Reaktionsjahren wurde auf kurze Zeit auch unsern Vereinen entgegengearbeitet; unser Sieg war aber ein gerechter. Wir sind nunmehr belehrt, selbstständig zu handeln. Mit frischem Muth schreiten unsere Vereine voran auf dem Wege gesetlicher Freiheit. Auf diesem Wege werden wir auch das Ziel erringen. Alle Stände erkennen an, daß nur auf dem Wege der Bildung die Aufgabe des Menschen erfüllt werden kann. Der Arbeiter erkennt die Pflicht und den Ruhm, ein Arbeiter, ein gebildeter Arbeiter zu sein. Der Arbeiter will nur wahre Freiheit, nicht Zügellosigkeit, er verlangt die Freiheit, welche eine Befreiung ist aus den Banden der Unwissenheit und der Vorurtheile. (Bravo). Sofort verweist der Redner auf die Bestrebungen und Erfolge in Nordamerika, wo unter Abraham Lincoln die Freiheit das

Banner hoch emporgeschwungen und den Sieg errungen habe. Das Losungswort des heutigen Tages, fährt er fort, ist Vereinigung. Die Arbeiterbildungsvereine werden die Vorurtheile besiegen, welche gegen sie obwalten; die Aufgabe ist heute eine große und es bedarf, um das Ziel zu erreichen, des vollen brüderlichen Zusammenwirkens. Seid einig, einig, am Ende der Bahn harret uns des Kampfes Preis! (Bravo).

Staudinger berichtet über die Prüfung der Vollmachten. Es sind vertreten die im beigefügten Verzeichniß aufgeführten Vereine.

Sonnemann: Nach der Geschäftsordnung haben wir nunmehr zu wählen 1 Präsidenten und 2 Vicepräsidenten.

Das Ergebnis der vollzogenen Wahl ist, daß Bando w aus Berlin mit 31 Stimmen zum Präsidenten gewählt ist (Hochberger erhielt 19, Hirzel 4 Stimmen).

Bando w: Zum zweitenmal hat Ihr Vertrauen mich zu der Stelle eines Vorsitzenden berufen. Ich werde nach meinen besten Kräften bemüht sein, Ihrem Vertrauen gerecht zu werden.

Zu Vicepräsidenten wurden gewählt

Sonnemann aus Frankfurt mit 34 St.

Pfeiffer aus Stuttgart mit 32 St.

Der Präsident Bando w, welcher den Vorsitz eingenommen hat, beruft zu Schriftführern:

Stuttmann, Wilt, Voget, Beck.

Der Präsident ersucht die Versammlung, zur Wahl der Mitglieder in die Kommissionen für Statutenänderung und die Frage des Vereinsorgans zu schreiten.

Nach einer über die Mittagszeit gemachten Pause von einer halben Stunde wird das Ergebnis verkündet. Gewählt sind in die Kommission der Statutenänderung:

Hochberger, Eichelsdörfer, Streit, Sonnemann, Lippolt.

In die Kommission zur Herstellung eines Vereinsorgans werden gewählt:

Hirzel, Weithmann, Lange, Stuttmann, Moritz Müller.

Die Versammlung tritt in die Tagesordnung ein.

### Koalitionsfrage.

Koalitionsfrage und Verkürzung der Arbeitszeit.

Berichterstatter: Hirzel aus Nürnberg und Martens aus Hamburg.

Hirzel (Nürnberg): Ich muß mich im Ganzen auf meinen gedruckten Bericht beziehen und nur einiges als Commentar beifügen. Ich habe vielleicht die Frage über Abkürzung der Arbeitszeit etwas steifmütterlich behandelt, Martens von Hamburg wird von dieser Seite sprechen. Im Allgemeinen mahne ich von Arbeitseinstellungen ab. Besonders merkwürdig ist, daß in England die Arbeitseinstellungen bisweilen ihren Kreislauf zum Junstwejen zurück genommen haben. Vielleicht ist es möglich, gemischte Commissionen von Arbeitgebern und Arbeitern über Fälle von Lohnerhöhungsbegehren entscheiden zu lassen; ein vielleicht rettender Gedanke möchte wohl die Beteiligung am Gewinn sein. Hinsichtlich der Arbeitsabkürzung verweise ich auf die Erscheinung, daß sich die Arbeiter gewöhnlich um die Ueberstunden reißern und empfehle Stückarbeit oder Zahlung nach den Leistungen.

Die von Hirzel beantragte Resolution lautet:

- 1) Das Coalitionsrecht ist ein natürliches Recht und darf daher unter keiner Bedingung irgendwie geschmälert werden.
- 2) Coalitionen zum Zweck der Lohnerhöhungen oder zur Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn sind aber von dem Arbeiter nur mit äußerster Vorsicht und Ermägung aller Verhältnisse ins Leben zu rufen, weil unberechtigte, in den Verhältnissen unbegründete Arbeitseinstellungen sich an den Arbeitern selbst schmerzlich rächen.
- 3) Eine Abkürzung der Arbeitszeit wäre für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von großem Nutzen. Einführung der Stückarbeit, soweit sie nur möglich ist, wäre der praktischste Weg dazu. Coalitionen zu jenem Zweck hätten sich hauptsächlich auf diesem Felde zu bewegen.
- 4) Mehr zu empfehlen, als jegliche Coalition ist die Gründung von Produktivgenossenschaften.
- 5) In keinem der ersten 4 Punkte kann ohne vollständig freie Bewegung und besonders ohne ein durch und durch freisinniges Vereinsgesetz irgend etwas Ersprieß-

liches geleistet werden. Es ergeht daher an alle Arbeiter die Mahnung, so oft sie als Urwähler oder Wahlmänner ihre Staatspflicht zu erfüllen haben, auf solche Männer ihr Augenmerk zu richten, von denen ein Wirken für die Umgestaltung dieser mangelhaften Gesetze zu erwarten ist.

Martens (Hamburg): Es sind zwei Fragen mit einander vermischt worden: Koalition und Abkürzung der Arbeitszeit. Die letztere ist aber die wichtigere; an das Koalitionsrecht hat man sich bereits gewöhnt. Man kann es nicht läugnen, daß der Arbeiter ebenbürtig den übrigen Kräften zur Seite zu stellen ist. So gut die Kaufleute sich vereinigen können, so gut die Arbeiter; darüber streiten vernünftige Menschen jetzt nicht mehr. Was aber die Abkürzung der Arbeitszeit betrifft, so kämpfen die Arbeiter selbst dagegen. Allein der Mann soll sich eben ausbilden, er soll ein denkender Arbeiter werden, nicht eine bloße Maschine sein. Freilich, da fahren die Meister bei uns aus der Haut; diese Herren treten uns gegenüber, und die Regierung wird sich da auch nicht einmischen. Aber der Arbeitgeber darf eben in seiner Fabrik nicht als souveräner Fürst herrschen, er darf nicht allein Gesetze machen, sondern er muß mit den Arbeitern Hand in Hand gehen. Erst wenn dies geschieht, wird es gut werden in den Fabriken. Auf Selbsthilfe muß man bauen und vernünftig Hand in Hand gehen; dann wird das Vaterland selbstständige, freie Bürger erhalten.

German (Leipzig): In Leipzig, wo die Arbeitseinstellungen zur Tagesordnung geworden sind, mußte wohl die Frage einer Arbeitseinstellung, wie sie hier vorliegt, zur ganz gründlichen Erörterung kommen. Darum haben wir den Bericht des Herrn Hirzel ganz speziell erörtert, und der Wunsch ist ausgesprochen worden, man solle sich einfach diesen Anträgen ohne weiteres anschließen, weil sie nur Ausdruck des Naturrechtes seien. Diese Ansicht empfehle ich Ihnen. Das erste Mittel für Erreichung des Zweckes ist die Einigkeit unter den Arbeitern selbst, die Kraft, alle entgegenstehenden Hindernisse zu überwinden. Das zweite ist, die Feiernben zu unterstützen. Wir Arbeiter Leipzigs gedenken eine Unterstützungskasse für Arbeitslose zu gründen, und dieselbe nach der Schweiz zu verlegen, um sie nicht den Angriffen der Regierung auszusetzen. Um aber nun in der ganzen Koalitionsfrage entschieden vorzugehen, dazu bedarf es anderer Gesetze. In dieser Beziehung wünsche ich der Resolution noch den Vorschlag hinzugefügt, daß

die deutschen Arbeiter-Vereine zunächst in ihren Ländern auf ein freisinnigeres Vereinsgesetz hinwirken.

Der Präsident theilt ein Telegramm von der Arbeiterversammlung in Luzern mit, welche ihren deutschen Brüdern freundschaftlichen Gruß entbietet.

Hochberger (Eßlingen): Der Bericht des Herrn Hirzel hat eine Hauptseite nicht berührt. Ich fasse das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als ein Vertragsverhältnis auf, in welchem beide Theile ihre Rechte und ihre Pflichten haben. Darum sind nicht die Polizei- oder die Strafgerichte, sondern die Zivilgerichte diejenigen kompetenten Behörden, welche in gegebenen Fällen einzuschreiten haben. Ich glaube daher, daß die Resolutionen, wie sie hier gefaßt sind, einen wesentlichen Punkt übergangen haben, und ich stelle folgende Anträge:

Der Vereinstag erklärt:

- 1) Alle Koalitionsbeschränkungen sind aufzuheben. Streitigkeiten, welche durch den Vollzug der Koalitionen entstehen, sind von den Zivilgerichten zu entscheiden. Die Vereine haben auf Beseitigung der Koalitionsbeschränkungen in dieser Beziehung hinzuwirken.
- 2) Die Verkürzung der Arbeitszeit erscheint für die Arbeiter in vielen Geschäften, insbesondere in Fabriken, nothwendig. Da aber Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem Vertragsverhältnis stehen, so ist es Sache freier Vereinbarung, sich über die Arbeitszeit zu verständigen.

Vogel (Hamburg): Ich halte die Abkürzung der Arbeitszeit für nothwendig, weil ich ohne dieselbe nicht glaube, daß die Arbeitervereine ihre Aufgabe erfüllen können, nämlich die nothwendige Bildung sich zu erwerben. Was nützt der Wohlstand, wenn man denselben nicht anzuwenden versteht? Der Umstand, daß der Arbeiter die nöthige Bildung noch nicht hat, ist der Grund, warum man so viel in Wirthshäuser läuft, Karten spielt, sich betrinkt u. s. f. Die ungenügende Behandlung dieser Frage table ich an dem vorliegenden Berichte. Ueberhaupt möchte ich die Vermischung beider Theile tabeln; der Endzweck beider ist die Freiheit des Arbeiters. Ich stelle den Antrag:

Der Vereinstag erklärt:

Eine Abkürzung der Arbeitszeit ist nicht nur für Arbeitgeber, wie für Arbeitnehmer von großem Nutzen, sondern für den letztern nothwendig, um ihm die Er-

langung derjenigen politischen und sittlichen Bildung zu ermöglichen, welche im Princip der Arbeiterbildung liegt. Dies darf nicht abhängen vom Staatsgesetz, sondern muß Sache freier Vereinbarung sein.

Sonnemann (Frankfurt): Herr Hirzel hat sich den englischen Arbeiter zum Muster genommen, hat aber dabei den großen Unterschied zwischen den englischen und den deutschen Verhältnissen übersehen. In Deutschland haben wir noch verschiedene Gewerbsgesetze. Das allein richtige Hilfsmittel ist die vollständigste Freiheit des Arbeiters. Die Koalitionsfrage kann nur von Fall zu Fall beurtheilt werden. Es ist jetzt eine allgemeine Strömung in den Arbeitern eingetreten, und diese Strömung müssen wir benützen, um eine Aenderung der Gesetze in Betreff der Koalitionsfrage herbeizuführen. Mögen daher alle Vereine dahin wirken, daß Petitionen an die Regierungen gemacht werden. Mit dieser Abänderung bitte ich den Antrag 5) anzunehmen. Was die übrigen Anträge betrifft, so halte ich dafür, daß die Einführung der Stückarbeit im Interesse beider Theile zur besseren Regelung der Arbeitszeit führt. Was den 4) Punkt betrifft, so ist in den Fällen, wo Produktivgenossenschaften sich nicht ausführen lassen, die Form des Lantimevertrags das einzig dienliche. Dies ist eine Art von Komanditgesellschaft, wo nämlich der Arbeiter seine Arbeit als Kapital einschleßt. Im Ganzen fasse ich mich dahin zusammen, den Antrag 2) auszulassen, zu 3) den Hamburger Antrag, und zu 5) den Leipziger Antrag zu empfehlen.

Webel (Leipzig): Ich bin der Ansicht, daß, wenn irgendwo eine Arbeitseinstellung stattfindet, die Arbeiter nicht, wie die Leipziger Buchdrucker, unbedingt an ihren Forderungen festhalten, sondern daß sie auf jedes Entgegenkommen eingehen sollten. Was den Antrag 5) betrifft, daß die Arbeiter, so oft sie wählen, dafür einstehen sollen, daß bessere Vereinsgesetze zu Stande kommen, so ist eben bei uns in Leipzig z. B. Niemand wahlfähig, der nicht 10 Thlr. entrichtet; dadurch aber sind viele Arbeiter von der Wahl gänzlich ausgeschlossen. Deshalb haben wir vorgeschlagen, daß man mit allen Mitteln darauf hinwirke, daß freisinnigere Wahlgesetze zu Stande kommen. Was die Verkürzung der Arbeitszeit betrifft, so bin ich damit einverstanden, daß man diese der Vereinbarung überlassen möge. Doch betone ich, daß nur durch die Stückarbeit eine Verkürzung der Arbeitszeit burgesetzt werden kann.

Pfeiffer (Stuttgart): Auch ich fasse, wie Herr Hochberger, das Verhältniß zwischen beiden Theilen als Vertrags-

verhältniß auf. Die Regelung der Verhältnisse kann nicht durch polizeiliche Maßregeln geschehen, sondern nur durch die Arbeiter selbst. Ich bitte Sie, zuerst das praktische anzustreben, nämlich das freie Koalitionsrecht. Das zweite ist, daß neben der Stückarbeit auch auf die Einführung der Produktivgenossenschaften hingearbeitet werden muß. Darunter verstehe ich auch die Form, die Herr Sonnemann anregt, nämlich den Lantimevertrag.

Sichelsdörfer (Mannheim): Die Verkürzung der Arbeitszeit wird hauptsächlich herbeigeführt, wenn man die Verlohnung nach Stückarbeit regulirt. Allerdings wird ein größerer Kreis immerhin noch übrig bleiben, in dem nur der Tagelohn bestehen kann; doch darf dann dieser nur auf dem gegenseitigen Vertragswege bezahlt werden.

Wenzel (Stuttgart): Zum erstenmal, so lang ich weiß, tritt hier eine Korporation auf, welche für sich besteht: die deutschen Buchdrucker. Dieselben sind den Gesamtinteressen nicht fern, sie beweisen es, indem sie heute erschienen sind. Wir sind einverstanden, daß das Koalitionsrecht ein sehr wichtiges Recht ist, und daß zu bedauern ist, daß dieses Recht nicht schon lange errungen werden konnte. Wir haben nun zwar nicht das Koalitionsrecht, aber dessen Erfolge errungen, und zwar durch unsere Organisation. Die Buchdrucker in Leipzig haben sich vor der Hand mit ungenügenden Zugeständnissen begnügen müssen, aber es wäre ungerecht, wenn man denselben einen Vorwurf machen wollte. Das Nothwendigste ist, daß die Arbeiter sich organisiren; wenn sie die Organisation haben, dann wird ihnen die Koalition von Nutzen sein (Bravo).

Hirsch (Magdeburg): In dem Hirzel'schen Berichte ist wesentlich nur von Lohnerhöhungen die Rede; wir haben aber in Burg eine großartige Arbeitseinstellung gehabt, und es war nirgends von Lohnerhöhung die Rede, vielmehr von dem Abweifen einer aufgezwungenen Fabrikordnung. Dies weist auf den wichtigen Punkt, daß das ganze Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor die Oeffentlichkeit gehört. Die Burgischen Fabrikanten haben in dem Prozeß geäußert, man könne ihnen nicht verwehren, in ihrem Geschäfte eine Ordnung einzuführen; allein der Eigenthümer kann wohl über eine Sache verfügen, nicht aber über einen Menschen. Es ist demnach das Koalitionsrecht auch aus dem Grunde zu befürworten, weil es das einzige Mittel der Arbeitnehmer ist, sich gegen die Uebergriffe der Arbeitgeber zu schützen. Ich möchte dem künftigen ständigen Ausschusse die Aufgabe gestellt sehen, sich eine Liste der verschiedenen Fabrikordnungen zu verschaffen, nachdem wir

die Erfahrung gemacht haben, daß es Fabrikordnungen giebt, welche der Ehre und den Interessen der Arbeiter zuwider sind. Die zweite Frage, Verkürzung der Arbeitszeit ist noch viel wichtiger; ich bin der Ansicht, daß das geringe Lebensalter, wodurch der Arbeiterstand von den meisten übrigen Ständen sich unterscheidet, wesentlich darauf begründet ist, daß der Arbeiter zu lange arbeitet. Durchschnittlich wird der Arbeiter 30 Jahre alt, während die übrigen Stände durchschnittlich 40 bis 50 Jahre alt werden. Den Grund davon haben wir allerdings auch in der schlechten Ernährung zu suchen, und ferner in den ungesunden und überfüllten Räumen, namentlich in Fabriken, aber der wesentlichste Grund ist und bleibt das zu lange Arbeiten. In Burg war täglich 14stündige harte Arbeit in ungesunden Fabrikräumen. Der Vereinstag wird zu erklären haben, daß Verkürzung der Arbeitszeit in Deutschland ein höchst dringendes Bedürfnis ist. Es ist noch ein Punkt zu berühren. Der Erwachsene ist am Ende Herr über sich selbst, aber es giebt eine Klasse von Arbeitenden, welche nicht für sich verantwortlich sind, das sind die Kinder und zum Theil auch die Frauen. Da ist es traurige Thatsache, daß diese in den Fabriken zu übermäßig angestrengt werden, ebenso aber auch, daß die Arbeiter nicht die gehörige Rücksicht darauf nehmen, daß ihre Kinder und Frauen überbürdet werden, daß sogar Väter ihre Kinder auf alle Weise möglichst lange zur Arbeit zu zwingen suchen. Dem Arbeiter muß die Elternpflicht in's Gedächtnis gerufen werden. (Allgemeine Zustimmung der Versammlung.) Ich schließe meine Worte mit Hinweisung auf zwei Thatsachen: In England, wo bekanntlich die Arbeit am ergiebigsten ist, herrscht eine zehnstündige Arbeitszeit; in Burg haben die Arbeiter 14 Stunden gehabt, und haben endlich die Verkürzung auf 13 Stunden erwirkt, und dabei mehr verdient als bei 14 stündiger Arbeit. Sie haben dies erreicht dadurch, daß sie gleich zur Association übergegangen sind, trotz der großen Bedrängnis in welcher sie schwebten. Zum Schluß habe ich den Auftrag, Ihnen im Namen der Burg'schen Arbeiter den herzlichsten Dank auszudrücken für das Mitgefühl, welches dieselben bei ihren Brüdern in ganz Deutschland gefunden haben. (Allgemeiner Beifall.)

Lippolt: Stückarbeit im allgemeinen ist nicht dasjenige was unter allen Umständen gut ist; sie zerfällt in Stückarbeit im Hause und in der Fabrik. In der Fabrik kann sie ganz wohl eingeführt werden, wenn aber im Hause, so wird mitunter viel Zeit verloren, es wird länger gearbeitet und doch

nicht mehr verdient; es giebt Arbeiter, welche Tag und Nacht arbeiten. Auf diese Weise kann die Stückarbeit zur Schinderei, zum Fluche des Arbeiters werden und nicht zum Segen. Diese Wahrheit sollen wir auch einmal uns selber sagen (Beifall).

Berichterstatter Pirzel: Ich erkläre mich im Interesse der Sache mit den gestellten Verbesserungsanträgen einverstanden. Nur habe ich mich ungern entschlossen zur Weglassung der Schlusssätze: „es ergeht an die Arbeiter — — erwarten ist,“ weil dadurch ein bestimmter Weg zum Ziel angedeutet wäre. Meinem Berichte ist vorgeworfen worden, er sei zu ängstlich; — ich habe die Arbeiterfrage zuerst in England studirt, und da mag es leicht sein, daß mehr die verunglückten Arbeitseinstellungen öffentlich zur Sprache gekommen sind, so daß meine Meinung von den englischen Verhältnissen beeinflusst worden ist. Herr Sonnemann und Andere haben die Arbeitseinstellungen in Frankfurt und in Leipzig durchgemacht, und sind daher günstiger auf Arbeitseinstellungen zu sprechen. Doch habe ich auch die günstige Seite der Sache ins Auge gefaßt. Die dringende Bitte Herrn Lippolts, daß die Arbeiter sich durch die Stückarbeit nicht zum Sklaven ihrer selbst machen möchten, möchte auch ich unterstützen. Ich füge noch bei, daß, wenn die Arbeiter Stückarbeit haben und dennoch sich überarbeiten, es nicht nur ihre eigene Schuld ist, sondern daß sie dann auch ein Verbrechen an ihren Mitarbeitern begehen. Ich empfehle folgenden verbesserten Antrag zur Annahme:

- 1) Das Koalitionsrecht ist ein natürliches Recht und darf daher unter keiner Bedingung irgendwie geschmälert werden.
- 2) Eine Abkürzung der Arbeitszeit ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von großem Nutzen, für letzteren nothwendig, um ihm die Erlangung der Bildung zu ermöglichen. Einführung der Stückarbeit, so weit sie nur möglich ist, ist das Mittel dazu.
- 3) Mehr zu empfehlen denn jegliche Koalition ist Gründung von Produktivgenossenschaften.
- 4) In keinem der ersten 3 Punkte kann ohne vollständig freie Bewegung und besonders ohne ein durch und durch freisinniges Vereinsgesetz irgend etwas Ersprießliches geleistet werden. Es ergeht daher an alle Arbeiter die Aufforderung, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine Umgestaltung der bestehenden mangelhaften Vereinsgesetze zu Stande komme.

- 5) Der ständige Ausschuß ist zu beauftragen, eine Sammlung der verschiedenen Fabrikordnungen zu veranstalten.“ —

Der Vereinstag erhebt diese Anträge zum Beschluß.

(Nr. 1 wird einstimmig, die übrigen Punkte werden nahe zu einstimmig angenommen.)

## 2.

Das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht.

(Berichterstatter: Hirsch und Hochberger.)

Hirsch: Der bisherige Gebrauch unserer Vereinstage war, vor der Heranziehung politischer Fragen uns zu hüten, und vielmehr die Arbeiterfrage nur nach ihren wirthschaftlichen und geistigen Beziehungen zu behandeln. Der Ausschuß sah sich aber diesmal durch die Macht der Umstände gezwungen, die bezeichnete Frage zur Erörterung zu bringen. Allerdings ist es eine politische Frage, und als politische ist sie bei der demokratischen Partei eine überwundene, denn es ist ein Glaubenssatz, welcher in unseren Herzen glüht, daß das allgemeine gleiche unmittelbare Wahlrecht einzuführen ist. Es ist schlimm genug, daß ein großer Theil der Regierungen ihr Ohr uns nicht leihet, aber in der Volksvertretung ist ja die Arbeiterklasse unvertreten. Mit Dank ist es anzuerkennen, daß trotz der großen Ungerechtigkeit der in Deutschland dormalen bestehenden Wahlsysteme so viele deutsche Kammern der Bestrebungen der Arbeiter sich annahmen, und schon Manches zum Wohle der Arbeiter durchgesetzt haben. Es ist ein unverantwortlicher, unnatürlicher Zustand, die deutschen Arbeiter auszuschließen von dem ersten, heiligsten politischen Grundrechte, von der Vertretung der Staatsregierung gegenüber. Ich halte die Verweigerung des Wahlrechts für den letzten Rest der Sklaverei. Rechtlos sind wir als unvertreten in den Kammern, als unvertreten in allen öffentlichen Verhältnissen. Wenn eine ganze Klasse von Menschen Gesetzen unterworfen wird, zu deren Abfassung sie nicht mitgestimmt haben, wenn sie ihr Blut fließen lassen müssen im Kriege, zu welchem sie nicht gestimmt haben, so ist das Sklaverei (Allgemeine Zustimmung). Das Wahlrecht ist die Grundlage der ganzen socialen Frage. Es ist nun nicht zu befürchten, daß Jemand hier im Princip gegen das Wahlrecht wäre, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen sind manche Ver-

treter dagegen. Sie sagen, die Frage sei eine politische, und dadurch gefährden wir das Bestehen unserer Vereine, namentlich in Preußen. Allerdings haben wir es mit einem wesentlich politischen Gegenstande hier zu thun, aber auch mit einem Rechte, welches noch viel mehr auf socialem Boden steht. Ich möchte nur die preussischen Vereine warnen, daß sie nicht in ihrer Mitte die Frage erörtern, was zur Folge hätte, daß sie als politische Vereine erklärt und verboten würden. Ein Anderes aber ist, wenn die Frage von dem Vereinstage hier in Stuttgart erörtert wird. Wer wird es uns, den Vertretern der Arbeitervereine, verdenken, wenn wir als eine sociale Forderung das aussprechen, daß uns vor allem das Wahlrecht gewährt werden muß. Bei uns in Preußen herrscht das allgemeine Wahlrecht, nicht aber das gleiche, aber das allgemeine Wahlrecht ohne das gleiche ist eben nur eine Vorpiegelung, keine Wirklichkeit. Die direkte Verweigerung ist hier noch besser. Zum Schluß lassen Sie mich noch erörtern, was es denn mit dem Arbeiterstande auf sich habe. Man hat nämlich dem ständigen Ausschuß von einer gewissen Seite den Vorwurf gemacht, daß bei ihm auch etwas Lassallisches mitunterlaufe, indem er vom Arbeiterstand rede. Das wäre ja die verwerfliche Ansicht, daß der Staat in verschiedene Stände zerfalle. Ich sage: ja es besteht gegenwärtig noch ein Arbeiterstand, welcher eben ganz andere Lebensbedingungen, Rechte und Interessen hat als die übrigen Stände; aber wodurch wir von Lasalle wesentlich uns unterscheiden, das ist, daß wir uns bestreben, diesen Stand verschwinden zu lassen, um ihn in dem allgemeinen Bürgerstand aufgehen zu sehen. Von diesem Gesichtspunkte aus stelle ich folgenden Antrag (Man hört vor dem SitzungsSaale Musik), und, meine Herren, die Jugendartillerie scheint meinen Antrag zu unterstützen:

(Der Präsident läßt eine kleine Pause machen, während welcher die Stuttgarter Jugendartillerie mit ihrer Musik vor dem Hause vorüberzieht, um dem Vereinstage ihre Guldigung darzubringen).

Antrag:

„Der dritte Vereinstag deutscher Arbeitervereine beschließt, die feierliche Erklärung abzugeben, daß das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht die Grundlage des Rechtsstaats und die einzige Möglichkeit einer wirklichen Volksvertretung bildet und daß es insbesondere von den deutschen Arbeitern als Hauptmittel zu

ihrer geistigen und materiellen Förderung aus allen Kräften zu erstreben ist."

Hochberger, zweiter Berichterstatter: Ich glaube, daß alle Glieder des deutschen Volkes so durchdrungen sind von der Nothwendigkeit des allgemeinen Stimmrechts, daß ich nur beantrage, daß wir ohne weitere Erörterung den gestellten Antrag annehmen (Beifall).

Präsident: Es sind mehrere Anträge auf motivirte Tagesordnung eingelaufen, von Oldenburg und von sämtlichen badischen Vereinen mit Ausnahme Mannheims:

"Der Vereinstag geht über die gestellten Anträge zur Tagesordnung über. Indem derselbe zwar die Wichtigkeit der Frage des allgemeinen, direkten Wahlrechtes anerkennt, kann er es doch nicht für seine Aufgabe erachten, über allgemeine politische und staatsrechtliche Fragen Erklärungen abzugeben." (Sensation.)

Wundt (Heidelberg): Ich halte die Sache des allgemeinen direkten Wahlrechtes für eine Sache der Zeit, welche eintreten wird und muß. Mit dem Eintreten auf die Erörterung über die Sache tritt die Frage an uns heran, ob wir zunächst uns noch rein an die socialen Fragen halten wollen, oder ob wir mit diesem Augenblick beginnen wollen, allgemeine politische Fragen zu besprechen. Die politische Bildung halte ich für einen wesentlichen Theil der allgemeinen Bildung. Aber die Zeit ist noch nicht da, wo der Arbeitervereinstag als solcher bestimmte politische Principien aussprechen soll. Ich meine, wenn wir eine politische Massenagitation nicht wagen, so sollten wir eine solche Agitation auch in unsern Vereinen nicht anfassen. Darum bitte ich Sie, die Erörterung hier nicht abzuschließen, sondern die Frage gründlich zu erwägen.

Es folgen einige formelle Erörterungen.

Hochberger (Ehlingen): Nach meiner Ueberzeugung lassen sich die socialen Fragen nicht von den politischen trennen. Das allgemeine Stimmrecht ist ein der Natur des Menschen entsprechendes Recht, ebenso aber ist es ein Gesetz, welches im Jahre 1848 in allen deutschen Staaten als Landesgesetz verkündigt worden ist. Das allgemeine Stimmrecht ist uns verbrieft, und es ist nicht ungesetzlich, zu bitten, die Regierungen möchten dasselbe wiederherstellen. Wir haben die Frage zu erörtern, weil sie eine der Mitursachen ist, welche in Deutschland den Zwiespalt unter den Arbeitern hervorgerufen haben. Wir reden über diese Frage auf dem gesetzmäßigen Wege. Ich glaube, daß wir den Antrag wohl annehmen können, ohne uns

der Gefahr auszusetzen, gemäßigelt oder aufgelöst zu werden. (Beifall).

Sonneman (Frankfurt), welcher den Vorsitz eingenommen, läßt über den Antrag auf Schluß abstimmen.

Abstimmung: Der Schluß wird mit 31 gegen 28 St. ausgesprochen.

Hirsch als Berichterstatter empfiehlt den Antrag.

Es ist Pflicht aller deutschen Arbeiter (anstatt: Arbeiter-Vereine), für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einzutreten.

Wundt erhält zu einer persönlichen Bemerkung das Wort, zieht seinen Antrag auf Tagesordnung zurück und erklärt sich mit dem Antrage von Hirsch einverstanden.

Präsident läßt darüber abstimmen, ob es heißen solle:

Es ist Pflicht aller Arbeitervereine u. s. w. — einzutreten.

Es ergibt sich Stimmgleichheit (27 für, 27 gegen).

Demnach ist die Frage abgelehnt

Einmüthig angenommen wird von der Versammlung der Saß:

Es ist Pflicht aller deutschen Arbeiter für das allgemeine gleiche und unmittelbare Wahlrecht einzutreten.

(Der Präsident eröffnet, daß Telegramme aus Zürich und aus Leipzig eingelaufen seien, in welchen die dortigen Arbeitervereine ihre Grüße überschieden).

## Genossenschaftswesen.

### a) Konsum-Vereine.

Berichterstatter: Stuttmann aus Müffelsheim.

Stuttmann giebt zuerst eine Beleuchtung der Angriffe, welche die Schrift Dr. Pfeiffers erfahren, und hierauf erörtert er das Princip, auf welchem die Konsum-Vereine im Verhältniß zu den übrigen Genossenschaften beruhen. Ich gehe hier, sagt der Redner, von dem Grundsatz aus, daß die Genossenschaften mit ihren Mitteln und Wirkungen gegenseitig sich ergänzen müssen; die einzelnen Genossenschaften dürfen nicht als lose Fäden neben einander einhergehen, sondern sie müssen fest verbunden werden mit dem Bestreben, die materiellen Verhältnisse des Arbeiters zu verbessern, müssen gleichsam zu einem Tau verbunden werden, durch welches als rother Faden der

Gedanke durchgeht, dem Arbeiter zu einem menschenwürdigeren Dasein zu verhelfen. Die deutschen Konsum-Vereine unterscheiden sich hauptsächlich in einem Punkte: die einen haben nur den Zweck, ihren Mitgliedern billigere Nahrungsmittel zuzuführen, die andern den Zweck, die dadurch herbeigeführten Ersparnisse zu einem Kapital zu vereinigen. Es wäre noch zu erörtern, wie das Kapital aufs Zweckmäßigste zu verwenden ist. Jedenfalls darf es nicht aufgebraucht, sondern es muß zu genossenschaftlichen Unternehmungen verwendet werden. Man könnte ja das erübrigte Geld zu Antheilen in den Häuserbaugenossenschaften anlegen. Ich stelle nunmehr in Verbindung mit Pfeiffer die Anträge:

1) Diejenigen Konsum-Vereine, welche ihren Mitgliedern Veranlassung zu Kapitalbildung geben, bilden die beste Grundlage zur Anbahnung der erstrebten sozialen Reformen. 2) Es ist Aufgabe der Konsum-Vereine, durch statutarische Bestimmungen dafür zu sorgen, daß das ersparte Kapital wieder zu genossenschaftlichen Zwecken verwendet werde.

German (Leipzig): In Sachsen sind die Konsum-Vereine nach den verschiedensten Grundsätzen entstanden, ja viele haben das ganz falsche Princip gehabt, den Gewinn zu verzehren. Ich bin daher der Meinung, daß man immer mehr darauf hinwirken solle, auch hier die richtigen Prinzipien zu verbreiten. Wir in Sachsen haben manche anfangs begangene Mißgriffe entdeckt, und werden mehr und mehr dahin kommen, das Richtige zu treffen. Was die Mittheilung von Stuttmann betrifft, die Ersparnisse zu größeren Einrichtungen zu verwenden, so ist dies richtig; aber es kommt die Frage hinzu, ob wir uns der Anwaltschaft der deutschen Genossenschaften anschließen, oder ob wir selbstständig auftreten sollen. Ich wünsche hier jetzt nur daß man diese Angelegenheit in der Hauptsache den örtlichen Verhältnissen überlasse.

Pfeiffer (Stuttgart): Es hat mir Leid gethan, daß ich in dieser Sache persönlich berührt worden bin. Ein großer Theil dieser Angriffe ist bei den Haaren herbeigezogen. Ich habe in meiner Broschüre ausgesprochen, daß nur diejenigen Konsum-Vereine für den Arbeiter von Werth sein können, welche Gelegenheit bieten, Geld zu ersparen. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob wir der Anwaltschaft der deutschen Genossenschaften beitreten sollen oder nicht. Jeder Verein, der es für zweckmäßig hält, soll beitreten; zwingen kann man hier nicht. Auch in Bezug auf die Konsum-Vereine wollen wir

eine Organisation herbeizuführen suchen. Dazu wende ich mich zunächst an die Konsum-Vereine in den Nachbarstaaten. Hier möge eine gemeinschaftliche Verathung angestellt werden, wie wir uns zusammen halten. Wenn wir daran erinnern, daß gegenwärtig in Württemberg 12 Konsum-Vereine thätig sind, so ist dies gewiß ein erfreuliches Resultat.

Abstimmung:

Die beiden Anträge Stuttmanns werden einstimmig angenommen.

Die Sitzung des ersten Tages wird (Mittags 4½ Uhr) geschlossen.

## II.

Montag, den 4. September.

Sonnemann (Frankfurt) trägt für den abwesenden Stuttmann den Kassenbericht vor. Wir haben im vorigen Jahre mit einem Kassenbestand von 537 fl. abgeschlossen. Dazu sind in diesem Jahre an Einnahmen gekommen die Beiträge von je 2 Thlr. von 112 Vereinen, zusammen 392 fl. Dagegen haben wir auch bedeutende Ausgaben gehabt, und zwar die Kosten des heutigen Vereinstags von 77 Thlr., ferner die Kosten von vielen Drucksachen, dann die beiden Ausschusssitzungen, Reisekosten für Mitglieder des Ausschusses u. a. Wir hätten also nicht bestehen können, wenn wir nicht außerordentliche Zuschüsse bekommen hätten. Diese betragen etwa 1300 fl., und zwar sind aus Kassel 29 fl. eingegangen; ferner Einnahmen durch den Verkauf der Flugblätter, durch Beiträge u. a.; alles zusammen 1624 fl., so daß wir mit einem Stand von 693 fl. ins neue Jahr übergehen.

1.

Genossenschaftswesen.

b) Baugenossenschaften.

Berichterstatter: V. Lange (Duisburg).

Lange: Ich habe mich in meinem Bericht an die Beschlüsse des vorigen Vereinstages angeschlossen, weil die-

selben auch heute noch die Hauptsache sind. Beim Uebergange zum Positiven habe ich an den Rath des Herrn Prof. Huber angeknüpft, uns nach dem englischen System der Baugenossenschaften umzusehen. Auf das englische System gehen wir aus dem Grunde über, weil wir in Deutschland leider entsetzlich wenig haben. Die bisher in Deutschland versuchten Baugenossenschaften leisten meist im Sinne der Arbeiter nicht das Richtige; sie gehen im Großen zu Werke und sind nicht in der Lage, den Bedürfnissen des Arbeiters vollständig zu entsprechen. Die deutschen Baugenossenschaften unterscheiden sich dadurch von den englischen, daß die letzteren allein wahrhaft durch Selbsthilfe, d. h. ohne Unterstützung wohlhabender Nichtarbeiter bauen. Redner sieht keinen Grund warum das in dem von ihm selbst übersetzten Buch: Every man his own landlord, (Jedermann Hauseigentümer) entwickelte System nicht auch in Deutschland praktisch sein sollte. Die Verbindung der Baugenossenschaften mit Volksbanken wäre sehr wünschbar. Redner kommt auf die Behandlung seines Referats bei dem volkswirtschaftlichen Congreß in Nürnberg, die auf den Arbeiterstand einen ziemlich ungünstigen Eindruck machen würden, wenn Redner nicht versichert wäre, die dort zu Tag getreten: Mißstimmung gelte seiner eigenen Person und nicht dem Arbeitertag.

Redner schlägt die einfachen Anträge vor:

Der Vereinstag zc. erklärt:

- 1) Die Baugenossenschaften nach dem System des Schriftchens „Jedermann Hauseigentümer“ werden der Beachtung der deutschen Arbeitervereine empfohlen.
- 2) Es ist zu wünschen, daß die Volksbanken den Baugenossenschaften, welche auf dem Princip der Selbsthilfe beruhen, Kredit ertheilen und mit ihnen in Geschäftsverbindung treten.

Präsident: Es ist anzuzeigen, daß den Vereinen 120 Exemplare über die Wohnungsfrage vom Centralverein für das Wohl der Arbeiterklasse zur Verfügung gestellt sind, und der Jahresbericht über das Genossenschaftswesen von Schulze-Delitzsch.

Borst (Zürich): Da die Schweizer etwas gehemmt sind und keinen ständigen Sitz in den Vereinen haben, so haben die Zürcher namentlich darauf Rücksicht genommen, einen Bau- und Erbauung einer Arbeiterhalle zu gründen, um darin Arbeiter-Wohnungen zu errichten. Der Zweck dieser Einrichtung hat sich bestätigt und beläuft sich jetzt schon auf 1417 Fr.

Ich ermahne daher die deutschen Arbeitervereine, auch derartige Arbeiterhallen zu errichten.

Weithmann (Leipzig): Der Maurergesellenverein in Leipzig, den ich verrete, strebt in diesem Fach möglichst Freiheit der Baugewerke an. Es sind in diesem Vereine Leute, welche praktisch sehr erfahren und sehr tüchtig sind, welche aber nicht die nöthige Bildung besitzen, die vorgeschriebenen Prüfungen zu machen. Sie tragen daher darauf an, daß auf diesem Gebiete vollständige Freiheit in Ausübung dessen eingeführt werde, was der Mann leisten kann. Ich stelle daher den Antrag:

Der Vereinstag erklärt:

Es ist eine der ersten Aufgaben der deutschen Arbeiterstage, die vollständigste Freiheit des Baugewerkes auszusprechen.

Martens (Hamburg): Unsere Gewerbe in Hamburg sind ganz frei. Aber bei uns ist der Boden furchtbar theuer. Man hat daher ein Gesetz eingebracht, daß der Senat den Boden, den er hat, hergiebt, verkauft, am Ende auch auf Pacht giebt, um die Genossenschaften zu unterstützen. Weil dies bis jetzt nicht der Fall war, haben wir Spelunken, wie sie sich in London und Paris nicht finden. Diese Frage ist jedoch hauptsächlich eine örtliche. Daher ersuche ich Sie, in ihren Kreisen die verschiedenen, im Wege stehenden Hindernisse wegzuräumen.

Lange als Berichterstatter: Ich kann kein Mittel angeben, welches für alle Fälle passen würde. Doch ein Mittel bietet sich immer und überall dar, das Mittel der vollbezahlten Antheile. Es wird nämlich gestattet, daß auch solche, welche nicht selbst bauen können, sondern entweder die Sache unterstützen wollen oder auch bloß ihr Kapital einlegen, ihren Antheil vorausbezahlen. Dieser Antheil hat sich dann nach Verlauf der Periode verdoppelt. Noch in Beziehung auf den Zinsfuß bemerke ich die traurigen Verhältnisse in unseren Arbeitergegenden, wo die eigentlichen Speculationswohnungen für Arbeiter vorwiegen. Da ist nämlich der Miethzins so hoch gesetzt, wie er auch in England vorausgesetzt wird.

Abstimmung:

Der Antrag von Weithmann wird zurückgezogen. Es liegen daher nur die beiden Anträge des Referenten vor. Beide werden einstimmig angenommen.

## Statutenänderung.

Berichterstatter: Sonnemann (für den abwesenden St u t t m a n n).

Sonnemann (Frankfurt): Die verschiedenen Einwendungen gegen die Statuten heben sich zum Theil gegenseitig auf. Es ist vorgeschlagen zu § 1 hinzuzufügen, daß, wenn 30 oder mehr Vereine es verlangen, daß ein Vereinstag innerhalb 3 Monate anberaumt werden soll, dies zu geschehen habe. Die zweite Aenderung betrifft die Beiträge. Hierbei geht der eine Vorschlag dahin, es bei dem Beitrag von 2 Thln. zu belassen, was aber zu wenig ist; ein anderer dahin, drei Klassen in den Beiträgen zu machen, wobei man aber auf Ungerechtigkeit hinausläufe; ein anderer geht dahin, Kopfsteuer einzuführen, nämlich 1 Sgr. per Kopf. Diesen Vorschlag macht die Kommission. Damit würden diejenigen Summen hereinkommen, welche nöthig sind, um die Vereinsgeschäfte zu leiten. Eine Aenderung des Stimmrechts will die Kommission nicht; es soll dabei bleiben, daß jeder Verein eine Stimme habe. Eine dritte Hauptänderung geht dahin: die Sitzungen des ständigen Ausschusses finden am Wohnort des jeweiligen Vorsitzenden statt. Allein es hat sich praktisch erwiesen, daß es besser ist, wenn die Sitzungen immer an andern Orten stattfinden. — Die Vorversammlung vor einem Vereinstag werden wir in Zukunft schon zu einer wirklichen Versammlung machen müssen, in welcher die Begrüßungen u. dgl. stattfinden. Die bestimmte Einberufung geschieht also in Zukunft schon auf den Samstag. Dies gehört aber nicht in die Statuten, sondern ist bloße Sache des Ausschusses.

Pfeiffer (Stuttgart): Ich schlage vor, eine Kommission zu beauftragen, welche die Redaktion übernimmt.

Bebel (Leipzig): Ich schlage vor, dem Präsidenten einen bestimmten Gehalt auszuwerfen. Dieser Antrag ist darauf begründet, daß der Posten des Präsidenten mit viel Zeitverlust und mit viel Auslagen verknüpft ist.

Hirzel (Nürnberg): Ich trete diesem Antrage bei.

Hochberger (Erlangen): Ich trete dem Bebel'schen Antrage entschieden entgegen. Ich weiß keinen Verein in Deutschland, welcher seinen Präsidenten bezahlt. Dinehin wissen wir nicht, wie in Zukunft die Beiträge einlaufen werden. Ich glaube,

der Präsident soll seine Auslagen erhalten, nicht aber einen bestimmten Gehalt. Unabhängigkeit gehört dazu, und wir haben in Deutschland Arbeiter genug, welche die Unabhängigkeit im Denken und Handeln sich angeeignet haben.

Hirzel (Nürnberg): Die Kopfsteuer empfehle ich dringend, da sie einmal leicht zu erheben ist und da hiedurch dem Vereinstag bedeutende Einkünfte zukommen. — Was die Bezahlung des Präsidenten betrifft, so bin ich prinzipiell dafür. Der Arbeiter soll sich daran gewöhnen, geleistete Dienste auch zu bezahlen.

Ueber den Antrag der Kommission:

„Wenn 30 Vereine einen Vereinstag wünschen, so ist dieser innerhalb dreier Monate einzuberufen,“ entspinnt sich eine Debatte.

Hirsch (Magdeburg): Ich halte 30 Vereine für zu wenig. Wenn ein einziger Gauverband, wie der badische, jetzt schon allein 30 Vereine zählt, so liegt es in der Hand dieses einzigen Verbandes, die übrigen Vereine zu den bedeutenden Kosten der Vertretung zu zwingen. Demnach schlage ich vor, daß mindestens 50 Vereine, oder gar die Hälfte, angefaßt werde.

Staudinger (Nürnberg): Hier kann man keine Zahlen, sondern bloß Brüche brauchen, weil sich unsere Vereine hoffentlich immer mehr vermehren. Ich schlage vor, ein Drittel der Vereine anzunehmen.

Abstimmung:

Der Antrag Staudingers ( $\frac{1}{3}$  der Vereine) wird angenommen.

Der Antrag der Kommission, bezüglich des § 3 zu setzen:

„Jeder Verein, welcher sich auf dem Vereinstag vertreten läßt u. s. f., hat einen Beitrag von 1 Sgr. pr. Kopf zu bezahlen, jedoch soll als Maximum 20 Thlr. bestimmt sein. Dafür werden die Drucksachen ebenfalls nach der Kopfbzahl bestimmt.“

Bebel (Leipzig) gegen das Maximum, worauf die Kommission dasselbe fallen läßt, und der Antrag ohne Maximumbestimmung angenommen wird.

Der Antrag der Kommission, bezüglich des § 4, Absatz 5:

die Bestimmung: „Die Sitzungen des Ausschusses finden am Wohnorte des jeweiligen Präsidenten statt,“ solle ausfallen,

wird angenommen.

Es wird sofort die Frage, ob der Präsident direkt von der Versammlung gewählt werden soll oder vom ständigen Ausschuss, besprochen.

Weithmann (Leipzig): Wir haben gestern die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts beschlossen. Will man an diesem Grundsatz auch praktisch festhalten, so ist nothwendig, die direkte Wahl des Präsidenten auszusprechen.

Voget (Hamburg): Alles können wir doch nicht direkt thun. Ueberhaupt kann man ein Princip im Einzelnen nicht durchaus ausführen, und eigentlich müßte ja dann die Wahl nicht durch die Vertreter der Vereine geschehen, sondern durch die Arbeiter selbst.

Simon (Malen): Ich bin dafür, daß der Präsident anrechnen möge, was er ausgelegt hat, und wünsche, daß es auch dem ärmsten Arbeiter möglich gemacht werden möge, dieses Ehrenamt anzunehmen.

Webel (Leipzig): Ich bin für direkte Wahl des Präsidenten, und was seinen Gehalt betrifft, beantrage ich ein Fixum von 300 Thlrn.

Sonnemann (Frankfurt): Mit allgemeinen u. s. w. Wahlrecht hat die Frage Nichts zu thun. Ich wünsche, daß die 12 Ausschussmitglieder gleich behandelt werden, der Präsident hat bloß eine formelle Stellung, er soll keine hervorragende einnehmen. Sowie er aber direkt gewählt wird, steht er höher als die Uebrigen.

Weithmann (als Berichterstatter): Wenn in einer bestimmten Persönlichkeit auch eine bestimmte Tendenz ausgedrückt werden soll, so ist der Präsident direkt zu wählen; wenn aber eine bestimmte Tendenz nicht gewollt wird, so ist die Wahl dem Ausschuss zu überlassen. Ich bleibe bei meinem Antrage: Der Präsident ist direkt zu wählen, wenn wir wissen wollen, wie er gesinnt ist. Wir sind manche Beschlüsse des ständigen Ausschusses zu Gesicht gekommen von denen ich Nichts gewußt habe.

Stuttmann (Müßelsheim): Wenn Herr Weithmann behauptet, es seien Beschlüsse im Namen des ständigen Ausschusses ergangen, ohne von dem engeren Ausschuss berathen und den Mitgliedern des weiteren Ausschusses zur Begutachtung vorher zugesandt worden zu sein, kann ich seinen Irrthum keinen unwissentlichen nennen.

Sonnemann (Frankfurt): Wenn Herr Weithmann das, was er behauptet, wirklich begegnet ist, so muß ich ihn der Pflichtverletzung zeihen, daß er sich nicht beschwert hat.

König. Ueber Alles, was vom Ausschuss geschah, sind sämtliche Mitglieder des Ausschusses mündlich oder schriftlich zu Rathe gezogen worden.

Löschmann. Das kann ich auch bestätigen.

Weithmann. Ich beharre auf meiner Behauptung, werde aber den Punkt nachher weiter erörtern.

Abstimmung:

Der Antrag, daß der Präsident bloß vom ständigen Ausschuss gewählt werden soll, wird mit 29 gegen 26 Stimmen genehmigt.

Weithmann (als Antragsteller): Aus vollster Ueberzeugung habe ich den Antrag gestellt, dem Präsidenten einen Gehalt auszusetzen nach dem Grundsatz: der Arbeiter ist seines Lohnes werth. In der Schweiz konnte man allerdings von dem Grundsatz ausgehen: das Amt des Präsidenten ist eine Ehrensache. Aber wir brauchen diesen Grundsatz nicht festzuhalten. Der Verband braucht ja nicht zu wissen, ob der Präsident auf den Gehalt verzichtet, oder nicht.

Webel (Leipzig): Ueber das Princip braucht nicht mehr gestritten zu werden, denn die Kommission hat selbst anerkannt, daß der Präsident Zeit und Mittel nicht umsonst aufzuopfern brauche. Es handelt sich also nur noch um die Form. Der Präsident kann nicht wohl seine Rechnung machen, wie viel Zeit er versäumt hat. Daher erscheint es als das Beste, den Gehalt fest zu bestimmen.

Sonnemann (Frankfurt): Die Ausschussmitglieder müssen gleich behandelt werden. Würde der Präsident bezahlt, so müßten ebenso der Schriftführer, der Kassensführer und die übrigen Mitglieder der Kommission bezahlt werden. Die verlorne Zeit möge vergütet werden.

Abstimmung:

Der Antrag Weithmanns, dem Präsidenten einen festen Gehalt auszusetzen, wird abgelehnt.

3.

### Bereinsorgan.

Berichterstatter: Weithmann (Leipzig) und Lange (Quisburg).

Weithmann: Die Kommission hat beschlossen, vorerst die Versammlung zu fragen, ob überhaupt ein Vereinsorgan

nothwendig sei oder nicht. Ich spreche für die Nothwendigkeit eines solchen. Ich beantrage, ohne Erörterung über diesen Gegenstand zu entscheiden, weil ohnehin die Hauptsache in die Hände des neuzuwählenden Ausschusses kommen werde.

**Lange:** Auch ich halte für gut, ohne Erörterung über die Sache abzustimmen. Was die Nothwendigkeit eines Vereinsorgans betrifft, so bin ich dagegen.

**Streit:** Die Frage der Arbeiterzeitung hat sich thatsächlich gestaltet, theils zu einer persönlichen, theils ist die Frage objektiv zu erwägen. Was die persönliche Seite betrifft, so berufe ich mich auf die Arbeiterzeitung —

Hier wird der Redner unterbrochen, weil der Antrag gestellt sei, ohne Debatte die Sache zu entscheiden. Dieser Antrag wird angenommen.

**Abstimmung:**

Der Antrag, ein Vereinsorgan für nothwendig zu erklären, wird mit 30 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

(Es tritt eine Pause von 1 Stunde ein.)

#### 4.

### Genossenschaftswesen.

#### c) Produktivgenossenschaften.

**Berichterstatter:** Pfeiffer.

**Pfeiffer (Stuttgart):** Das wird keine Frage sein, daß die Produktivgenossenschaften zweckmäßig und nützlich sind. Freilich sagen auch manche Leute, der Arbeiter habe keinen Grund, mit seiner Lage unzufrieden zu sein. Aber solche Entgegnungen sind zu schwach. Bei den Produktivgenossenschaften tritt das sittliche und das geistige Element in den Vordergrund. Hier lernt der Arbeiter nach jeder Richtung hin, er lernt moralisch sich unterzuordnen unter Andere, er lernt Angelegenheiten geordnet zu berathen. Erstrebt soll nicht blos der materielle Gewinn werden, sondern ein ganz anderer sittlicher Zustand. Frankreich ist vorangegangen in den Produktivgenossenschaften, im weiteren Verlauf haben die Franzosen von uns gelernt. Auch in England bestehen eine Menge solcher Genossenschaften. Wir Deutsche sind entschieden zurück hinter den Franzosen und den Engländern; diese Frage ist in Deutschland erst in neuerer Zeit angeregt worden. Jetzt bestehen

58 Produktivgenossenschaften in Deutschland, aber die meisten sind noch ganz jung. Ich habe nun mich nach dem Grunde gefragt, warum die Deutschen es nach dieser Seite hin nicht so weit gebracht haben, wie die Franzosen, und ich glaube, den Grund darin gefunden zu haben, daß die Franzosen von Anfang an mehr, als die Deutschen, das richtige Princip erkannt haben. In der Vertheilung des Geschäftsnutzens sind die Franzosen nicht schon damit zufrieden, daß sie selbst dabei einen Nutzen machen, sondern erst damit, wenn der Gedanke, der darin liegt, auch verwirklicht wird. Ferner stehen bei den Franzosen die Gesellschaften nicht vereinzelt da, sondern sind mit anderen, besonders Vorschußvereinen in inniger Verbindung, welcher Vortheil bei vielen deutschen Gesellschaften zu vermissen ist. Es ist nun freilich nicht unsere Aufgabe, Muster aufzustellen, sondern wir müssen die einzelnen Vereine selber entscheiden lassen. Aber es giebt gemeinschaftliche Schwierigkeiten, und gegen diese müssen wir gemeinschaftlich ankämpfen. Fürs Erste tritt gleich bei Gründung der Produktivgenossenschaften eine große Schwierigkeit ein, die Stellung des Gesetzes zu ihnen oder ihre Stellung zum Gesetze. Die Produktivgenossenschaften stehen außerhalb des Gesetzes; wenn sie also doch die Wohlthaten des Rechtsschutzes genießen wollen, so müssen sie sich unter irgend eine Form des Handelsgesetzbuches beugen. Dies aber ist mit großen Gefahren verbunden. Daher mache ich

1) den Antrag: Der Vereinstag erklärt:

Eine gesetzliche Regelung der privatrechtlichen Stellung der Arbeiterassocationen, besonders der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften, ist dringendes Bedürfnis. Es ist daher bei sämtlichen deutschen Regierungen darauf hinzuwirken, daß bald eine entsprechende Ergänzung der Bestimmungen des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches vereinbart werde, welche diese Formen von Handelsgesellschaften anerkennt.

Fürs Zweite ist nothwendig, daß der bereits gegründete Verein, der Kredit bedarf, streng solid verfähre, daß er keine Speculationen mache. Die Kreditfrage ist für Produktivgenossenschaften eine Lebensbedingung; denn sie haben mit andern Unterehnehmungen zu konkurriren, denen der Kredit zu Gebote steht. Die Vorschußvereine sind da eingetreten, wo der Kredit des Banquiers aufhört. Es ist anzuerkennen, daß es viele Vorschußvereine gibt, welche den Arbeitern, die mit wenigen Mitteln ein Geschäft anfangen, Kredit ertheilen. Aber es gibt auch Vorschußvereine, welche keinem andern Verein Kredit ge-

währen, außer einem Vorschußverein. Da ist es unsere Pflicht, Mittel und Wege zu berathen, wie abgeholfen werden kann. Und dies ist nicht schwer. Gerade das Geld, das sich in den Sparvereinen, Baugenossenschaften, Konsumvereinen u. s. f. ansammelt, können wir dazu verwerten, um wieder für unsere weiteren genossenschaftlichen Institute den nöthigen Gewinn zu schaffen. Daher stelle ich

2) den Antrag:

der Vereinstag bedauert, von den Kredit- und Vorschußvereinen nicht überall dasjenige Entgegenkommen zu finden, welches von derartigen gemeinnützigen Anstalten erwartet werden sollte

Der dritte Punkt ist der wichtigste. Am meisten zur Weiterbildung der Produktivgenossenschaften thut die Bildung Noth. Es gehört eine technische, aber noch mehr eine geistige und moralische Bildung dazu. Zu beiden bilden die Arbeitervereine den besten Boden; da lernen die Arbeiter häufig erst recht ihre eigene Sprache, sie lernen sich unter Andere unterordnen, lernen überhaupt diejenige moralische Haltung, welche nöthig ist zum Gedeihen eines so schwierigen Unternehmens. Ich stelle daher

3) den Antrag: Der Vereinstag erklärt:

Die Arbeitervereine sind der beste Boden für das Emporwachsen der Produktivgenossenschaften. Es ist daher Pflicht der Arbeitervereine, durch Sorge für den geeigneten Unterricht, sowie durch Gründung der unteren Stufen von Genossenschaften, wie Sparvereinen, Konsumvereinen, Krankenkassen, ihre Mitglieder zu den Produktivgenossenschaften vorzubereiten und heranzubilden.

Es handelt sich darum, den Arbeiter zu einem denkenden und freien Menschen zu machen; darum eine Vertheilung des Nutzens herbeizuführen, wo dem Arbeiter bei seiner Bezahlung auch sein guter Wille mit in die Waagschale gelegt wird; darum, dem Arbeiter Gelegenheit zu geben, ein Kapital zu ersparen; darum, ihm Möglichkeit zu geben, seine Kinder recht zu erziehen.

Der Präsident schlägt vor: während der Debatte die Wahl des Ausschusses vor sich zu nehmen.

Weithmann (Leipzig): verlangt die Diskussion der vorgeschlagenen Persönlichkeiten, und wird darin von Hochberger und Stuttmann bekämpft. Die Anregung dieser Frage giebt

Hirsch (Magdeburg) Veranlassung, gegen die über ihn ausgestreute Verläumdung zu protestiren, als habe er sich im Ausschuß gegen, und in der Versammlung für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen.

Sichelsdorfer, (vermittelnd) versichert, Hirsch, daß das von ihm nicht behauptet worden sei, und erklärt, als Weithmann das Wort verlangt, er habe die Erwiderung auf Hirschs Klage nur übernommen, um weitere Debatten unnöthig zu machen. Weithmann besteht auf seinem Verlangen ums Wort. (Schlußrufe von allen Seiten.) Es wird ihm durch Abstimmung entzogen, er verlangt dann das Wort zu einer persönlichen Erörterung, es wird ihm mit allen gegen 2 Stimmen durch Abstimmung entzogen, er verlangt es zur Geschäftsordnung. Der Vorsitzende Wandow erklärt, die Geschäftsordnung sei nicht verletzt, er appellire an die Versammlung. Diese erhebt sich für ihn und Weithmann protestirt nun zu Protokoll wegen Verletzung der Geschäftsordnung.

Horn (Paris): rügt freimüthig die Zeitverschwendung durch gereizte Debatten, und geht dann, während dem die Wahl vor sich geht, zum Gegenstande über. Pfeiffer's Ansichten über die Produktivgenossenschaften theile ich vollkommen. Es ist auch die Ansicht der Franzosen, daß die Produktivgenossenschaften der Gipfelpunkt der genossenschaftlichen Bewegung sind, daß sie allein die wirkliche Emancipation des Arbeiters herbeiführen. Es ist richtig, daß wir Franzosen aus diesem Grunde die andern Genossenschaften, namentlich die Kredit- und Konsumgenossenschaften, den Produktivgenossenschaften dienstbar zu machen suchen und jene als Aushelferinnen dieser ansehen. In der That, wir haben gegenwärtig zweierlei Kreditgenossenschaften in Frankreich: Gesellschaften des gegenseitigen Kredits, und Banken des Kredits für die Arbeiter. Die ersteren sind von bescheidenem Umfang, daher auch zahlreicher. Gegenwärtig z. B. zählen wir in Paris allein ungefähr 45 Arbeiter-Kreditgenossenschaften, wir zählen aber nur 2 große Volksbanken. Der Unterschied zwischen beiden Arten ist der: die ersteren bilden sich unter einer Gruppe von Arbeitern, welche entweder in demselben Atelier beschäftigt sind, oder in verschiedenen; die letzteren, die eigentlichen Volksbanken, wollen vornehmlich der Produktivgenossenschaft zu Hilfe kommen und zwar entweder durch direkte Geldvorschüsse oder durch Diskontirung der Papiere. Als allgemeine Regel haben die Franzosen aufgestellt: die Arbeiter, welche zu den Produktivgenossenschaften

sich vereinigen wollen, müssen durch allmähliges Sparen ihr Stammkapital selbst aufgebracht haben; nachdem dies geschehen ist, braucht jedes Unternehmen ein gewisses Betriebskapital. Die Hilfe, welche in Frankreich den Genossenschaften ertheilt wird, ist oft eine bloß moralische, daß nämlich bloß der Arbeiter zu wissen braucht, daß ihm Hilfe geleistet wird. — Schließlich möchte ich Ihnen vorschlagen, daß, da die französische Sprache vorzugsweise nach den andern Ländern gelangt, die deutschen Arbeitervereine das französische Journal l'Association als ihr Organ benützen.

Germann (Leipzig): Es ist richtig, daß die Produktivgenossenschaften der Hebel aller andern Genossenschaften sind. Allein es bestehen noch so manche Hindernisse, nämlich Vorurtheile, Mangel an Gemeinfinn u. dergl. unter den Arbeitern selbst. Leider haben noch nicht alle Arbeiter so weit, wie die Kaufleute kalkulirt, daß sie, wenn sie zusammentreten, Manches ersparen. Ferner hat man sich in den Arbeiterkreisen vielleicht immer gedacht, eine Produktivgenossenschaft müsse ein größeres Unternehmen sein. Dies sind die beiden Hauptübelstände. Wir in Leipzig begannen mit Gründung einer Sparkasse, aber nicht mit regelmäßigen, bestimmten Beiträgen, sondern mit unregelmäßigen Beiträgen zu unbestimmten Zeiten. Und die Erfolge sind nicht ohne Lohn geblieben. Unsere Ersparnisse legten wir bei den Kreditgesellschaften Leipzigs an. Die successive Amortisation des Kapitals liefert Garantie dafür, daß unser Darleher uns sichere Borger sind, und dies ist das Richtige für die Produktivgenossenschaften. Ich stelle somit den Antrag:

Der Vereinstag erklärt:

Auf dem nächsten Vereinstag soll die Frage erörtert werden, ob die Vorschußvereine, welche auf dem Prinzip der Dividendenvertheilung beruhen, zweckmäßiger sind, als diejenigen, welche auf dem Prinzip der Amortisation beruhen.

Abstimmung:

Die 3 Anträge Pfeiffer's werden angenommen.

Der Antrag Germann's wird angenommen.

Der Präsident theilt im Auftrage des Stuttgarter Lokalcomité mit, daß dasselbe die Vertreter der deutschen Arbeitervereine auf heute, Montag, Abend zu einem Schwabenwein auf das Schützenhaus einlade.

### Genossenschaftswesen.

#### d) Speisegenossenschaften.

Berichterstatter: **Bebel.**

Bebel (Leipzig): Ich habe in meinem Flugblatt 2 Anträge gestellt:

Der Vereinstag erklärt:

- 1) Die Gründung von Speisegenossenschaften, namentlich für jüngere Arbeiter, ist dringend zu empfehlen.
- 2) Die innere Einrichtung derselben ist den jeweiligen lokalen Verhältnissen zu überlassen.

Borst (Zürich): Der Arbeiter braucht eine gesunde und nahrhafte Kost; diese kann allein durch Speisegenossenschaften erreicht werden. Was die Gründung derselben betrifft, so beruht diese bei uns in der Schweiz auf Einzahlung von Aktien.

Sauer (Wies): In der Schweiz sind die Speisegenossenschaften großentheils wieder untergegangen, theils wegen des unbedeutenden Betriebskapitals, theils wegen schwacher Verwaltung. Dadurch sind die Arbeiter zur Benützung der von den Arbeitgebern veranstalteten Koststiche genöthigt worden, worunter sie aber viel zu leiden hatten. Es ist daher geboten, daß die Arbeiter nur in solchen Städten eine Speisegenossenschaft gründen, in welcher die Meister nicht eine moralische Knechtschaft über die Arbeiter ausüben, sondern wo letztere eine unabhängige Stellung haben. Diese freie Stellung aber haben die Arbeiter dann immer, wenn Produktivgenossenschaften bestehen.

Abstimmung:

Die Anträge Bebel's werden beide angenommen.

### Genossenschaftswesen.

#### Altersversorgungskassen.

Berichterstatter: **Sonnemann.**

Sonnemann (Frankfurt): Ich glaube den Zweck, den wir in den Altersgenossenschaften erreichen wollen, im Anschluß an den vorjährigen Bericht durch eine kleine Schrift, welche ich in einigen Wochen veröffentlichen will, zu erreichen. Ich be-

antrage daher in Anbetracht der vorgerückten Zeit ohne Erörterung über diesen Gegenstand wegzugehen. — Dieser Antrag wird angenommen.

7.

### Frauenarbeit.

Berichterstatter: Moriz Müller.

Müller (Pforzheim): Die wichtige Frage der Frauenarbeit kann in der kurzen Zeit nicht so rasch abgehandelt werden. Sie sollte daher lieber noch einmal auf das nächste Jahr hinausgeschoben werden.

Ger mann beantragt, morgen, Dienstag noch eine Sitzung zu halten.

Pfeiffer und Andere unterstützen diesen Antrag, während Martens (Hamburg) und Weithmann (Leipzig) heute noch fortmachen wollen.

Der Vereinstag beschließt, morgen noch eine Sitzung zu halten.

Die heutige Sitzung wird geschlossen, Abends um 4½ Uhr.

## III.

### Dienstag, den 5. September

Präsident Bando verkündigt das Ergebnis der Neuwahl des ständischen Ausschusses. Gewählt sind: Bando (Berlin) 50 St., Lange (Duisburg) 47, Hirsch (Magdeburg) 44, Eichelsdörfer (Mannheim) 44, Staudinger (Nürnberg) 42, Hochberger (Eßlingen, künftig Stuttgart) 41, Sauerteig (Gotha) 40, Sonnemann (Frankfurt) 36, Lippold (Glauchau) 35, Bebel (Leipzig) 34, Richter (Hamburg) 25, König (Hanau) 22 St.

1.

### Genossenschaftswesen.

e) Association der Sparvereine.

(Berichterstatter: Staudinger aus Nürnberg.)

Staudinger: Ein praktischer Vortheil der Sparvereine ist, daß der Arbeiter, wenn ihm das Geld ausgegangen ist, aus einem Sparverein das Nöthige sich geben lassen kann. Ein anderer Gesichtspunkt ist der, daß, wenn der Arbeiter dies oder jenes sich erübrigt hat, dies für seine Tüchtigkeit das beste Zeugniß ist, denn ein leichtsinniger und fauler Mensch erspart sich Nichts. Wenn nun ein paar tüchtige und fleißige Arbeiter das ihrige zusammenlegen, so haben sie bald eine Summe, und solchen braven Arbeitern ertheilt man auch leicht Kredit. Wenn Manche glauben, bei ihnen gelinge es nicht, so muß man eben sagen, daß es zunächst hauptsächlich um den guten Willen sich handelt. Von den kleinen Kreisen aus ließe sich dann die Sache auch in dem großen allgemein deutschen Vaterland ausdehnen, und es würde dann so weit kommen, daß nicht mehr einzelne Geldmänner den Werth des Geldes bestimmen können. Dann würden wir schon aber nach zehn Jahren ein nicht unbedeutendes Kapital beisammen haben, und dies wäre dann das Gemeingut aller, das Gemeingut der Proletarier. Da hätten wir uns dann selbst geholfen, gegenseitig und durch uns selbst. Es läßt sich ja leicht in einer Woche von dem Kopf die drei Kreuzer zusammenlegen, und dies gibt bald ein Stück. Ich vermag mich von dem Gedanken nicht zu trennen, wie wohlthätig es wirken würde, wenn eine Verbindung aller Sparvereine durch alle Arbeitervereine Deutschlands und allenfalls der deutschen Schweiz herbeigeführt würde. Es würde einem wandernden Arbeiter sein Quittungsbuch, gleich einem Kreditbriefe, ausgefertigt; ist derselbe in einer andern Stadt angelangt, wo er in Arbeit treten wird, so kann er dort seine Einlagen fortsetzen. Ein solches Quittungsbuch wäre eine bessere Empfehlung, als alle amtlich beglaubigten Zeugnisse, weil dadurch Fleiß und Geschicklichkeit nebst gutem Betragen am besten sich ausweisen. Diese Kreditkassen sehe ich als einen ganz besondern Segen für die Arbeiter an, und ich schlage demnach, um die Einrichtung praktisch zur Durchführung zu bringen, folgende Punkte vor:

- 1) Ertheilung einer General-Vollmacht an die Vorstandschaft.
- 2) Strenge Kontrolle durch die Arbeitervereine.
- 3) Einrichtung gleichmäßiger Bücher.
- 4) Anlegung gegenseitiger Kontos und halbjährige Abrechnung.
- 5) Gegenseitiger Austausch der Handschriften der Vorstandsmitglieder und bei dem Wechsel derselben.
- 6) Bei Abreise eines Mitgliedes ist das Quittungsbuch vollständig abzuschließen, zu quittiren und anzuweisen, mit Vereins-Siegel und Namensunterschrift des Vorstandes und des Kassiers zu versehen.
- 7) Hat das Mitglied nach geschehener Ausfertigung des Quittungsbuches seine eigene Handschrift dem Vide beizusetzen, theils zur Bestätigung der Richtigkeit der Rechnung, anderntheils zur Beglaubigung über die Ausweisung des Inhabers, da, wenn derselbe irgend einen Vorstoß auf sein Guthaben in Empfang nehmen will, mit seiner Handschrift die Richtigkeit seiner Person zu dokumentiren hat.
- 8) Alle mittheilenswerthen Ereignisse der einzelnen Vereine sollen schnellstens im Vereinsorgan bekannt gegeben werden.
- 9) Jeder Verein, der dieser Vereinigung beitrith, hat seine Vermögensverhältnisse, Stand der Mitglieder und Zeit seines Bestehens gewissenhaft bei dem Centralcomité anzugeben.
- 10) Das Centralcomité besteht aus dem ständigen Ausschuss des Vereinstages deutscher Arbeitervereine und bildet eine eigene Abtheilung desselben.

Sauer (Wivis): Es hat sich darum gehandelt, dem Arbeiter ein gewisses Geld zu ersparen, welches er nöthigen Falls wieder verbrauchen könnte. Das Schicksal des Arbeiterstandes, daß die Arbeiter wandern müssen, hat auf die Arbeiter so entsetzlich gewirkt, daß dieselben in dem Augenblick wo sie abreisen müssen, zu jeder schlechten That sich hinreißen lassen. Es handelt sich nur darum, gegen diesen Krebszahn einmal ein Heilmittel aufzusuchen. Die Schweiz hat mir nun den Auftrag gegeben, Sie zu bitten, Wanderunterstützungsvereine im großen Ganzen zu unterstützen, so daß nämlich der Arbeiter, der einer solchen Kasse drei Monate lang angehört hat, aus derselben im Nothfall Beiträge erhalten kann. Dies wird ganz gut geschehen können, weil die große Menge nicht wandert, sondern nur immer Einzelne. Wir wollen also eine solche allgemeine Sparkasse errichten, wo es immer möglich ist. Man will freilich einwenden, die örtlichen Verhältnisse seien nicht

überall dazu angethan, und auch die Arbeiter haben nicht immer den Willen dazu. Ich finde aber diese Hindernisse nicht so bedeutend, um dieselben nicht überwinden zu können.

Germann (Leipzig): Ich muß den Anträgen Staubingers entgegnetreten, weil dieselben eine verwickelte, schwierige und kostspielige Organisation von oben vorschlagen, und weil die einzelnen Bausteine noch nicht vorhanden sind aus welchen wir einen wohlgegliederten Bau zu Stande bringen könnten. Diese einzelnen Bausteine sind Sparkassen in den verschiedenen einzelnen Vereinen, welche den örtlichen Bedürfnissen gemäß übrigens mit möglichst gleichmäßiger Einrichtung herzustellen sind. Haben wir nur erst diese, so wird es auch weiter möglich, diese einzelnen Gruppen in ein Ganzes zusammenzufügen. Was die Vorschläge Staubingers betrifft, so enthalten sie große Schwierigkeiten, indem wir noch gar nicht wissen, wie viele und in welchem Werthe wir Sparkassen haben. Auch würde eine solche große Organisation weitläufig und kostspielig werden. Nach meiner Meinung kommt es heute auf Nichts weiter an, als daß der Vereinstag die Errichtung von Sparkassen auf Grundlage möglichst einfacher Einrichtung und Geschäftsführung empfiehlt. Die Thatsache wird immer die bleiben, daß die ersparten Gelder zu genossenschaftlichen Zwecken am Ort selbst verwendet werden. Ich schlage daher vor: der Vereinstag erklärt: die Gründung von Sparkassen auf Grundlage möglichst einfacher, den örtlichen Verhältnissen entsprechender Statuten und Geschäftsführung ist den Arbeitervereinen zu empfehlen.

Bebel (Leipzig): erklärt sich gleichfalls gegen die verwickelten und kostspieligen Anträge Staubingers und empfiehlt den Antrag Germanns. Ich meine, sagt derselbe, wenn der Arbeiter in der Sparkasse seines Ortes das Seinige eingelegt hat, so hat er für den Fall einer Wanderung das Nöthige.

Vorst (Zürich): allerdings sind die örtlichen Verhältnisse öfters nicht dazu angethan, um Sparvereine zu errichten, aber es liegt hauptsächlich in dem Willen des Arbeiters, von seinem Verdienst etwas zurückzulegen und damit das Gedeihen von Sparvereinen zu ermöglichen. Ich bin der Meinung, daß die Wanderunterstützungsvereine, wie sie in der Schweiz sich erprobt haben, auch in Deutschland zum Wohle des Arbeiterstandes ausführbar sind. Es ist doch immer gut, wenn ein Arbeiter, der in eine Stadt kommt, ein Geschenk erheben kann, und wir, die wir Arbeit haben, sind gewiß immer im Stande, unsere Brüder, welche keine haben, zu unterstützen. Wir müssen eben auch opferbereit sein. Die Beiträge in die Wan-

unterstützungskasse sind ja nicht so groß, und die Schwierigkeiten sind leicht zu beseitigen. Verheirathete Arbeiter könnten ja von den Einlagen in die Wanderunterstützungskassen dispensirt werden.

Wenzel (Stuttgart): Nach meiner Ansicht möchte es manchem Arbeiter schwer fallen, überhaupt etwas sich zu ersparen. Diejenigen aber, welche sich etwas ersparen, hätten wohl zunächst ihre Ersparnisse auf ihre Bildung zu verwenden, um ihre Existenz durch Kenntnisse, nicht durch todttes Kapital sich zu sichern. Was die Wanderunterstützungskassen betrifft, so ist der Hauptpunkt übergangen worden, daß nicht blos die Arbeiter, sondern auch die Prinzipale und Fabrikherrn, indem ja diese vornehmlich den Vortheil von dem Wandern des Arbeiters haben, beizutragen haben. Freilich verspreche ich mir vorerst nicht viel Nutzen von dieser Einrichtung; überdies müßten die meisten Arbeiter in zwei Vereine zahlen, nämlich sowohl in die Kasse ihrer Innung, als in die Wanderunterstützungskasse.

Lippolt (Glauchau): Auch ich erkläre mich gegen den Organisationsplan Staudingers. Was die Wanderunterstützungen betrifft, so bin ich für dieselben. Will man einwenden, daß die Bezüge zu geringfügig sein würden, so behaupte ich, daß auch die kleinste Unterstützung dem wandernden Arbeiter gut thue.

Der Schluß wird beantragt und ausgesprochen.

Staudinger (als Berichterstatter) giebt zu bedenken, daß die Sache ganz gut sich machen könne, wenn man das große Ganze ins Auge fasse, und verlangt, daß man auch der Zeit etwas überlasse.

Die Versammlung beschließt Tagesordnung über die Anträge Staudingers, und genehmigt den Antrag Germanns.

## 2.

### Genossenschaftswesen.

#### f) Altersversorgungskassen.

Berichterstatter: S o n n e m a n n.

Sonnemann: Die vorliegende Frage ist eine sehr schwierige. Es besteht noch nirgends eine rationell betriebene Altersversorgungskasse. Mit einer in einem gewissen Jahr ab-

zugehenden Rente ist dem Arbeiter noch nicht geholfen, vielmehr muß demselben ein kleines Kapital eingehändigt werden. Bei den gewöhnlichen Lebensversicherungsgesellschaften hat der Arbeiter auch den Nachtheil, daß ihm seine kleine Einlage zu schlecht verzinst wird. Ich glaube, es wäre die Aufgabe aller dieser Anstalten, denjenigen welcher Kapital hat, in Verbindung zu bringen mit demjenigen, welcher Kapital braucht. Um einen allgemeinen Altersversorgungsverein möglich zu machen, müßte man darauf bedacht sein, große Namen, welche in der Finanzwelt einen guten Klang haben, dafür zu gewinnen, und der Ausschuß hat auch inzwischen lebhaft mit dieser Angelegenheit sich beschäftigt, hat aber kein Banquierhaus ausfindig machen können, welches seine Vermittlung angeboten hätte, um die Gelder sicher anzulegen. Es blieb daher die Aufgabe, andere angemessene Wege aufzusuchen. Nun bin ich auf den Gedanken gekommen, man brauche keine Centralisation, und man könne auch im kleinsten Kreise Altersversorgungskassen auf dem Fuße der Gegenfeitigkeit errichten. Eine Altersversicherung, bei welcher die Kasse nichts zu bezahlen hat wenn der Mann nicht ein gewisses Alter erreicht hat, wird vor allzugroßen Zahlungen bewahrt sein. Nun ist mir der Jahresbericht eines derartigen Vereins, welcher bereits in Deutschland existirt, zugegangen, nämlich der Versorgungsanstalt in Meiningen. In Leipzig habe ich die Centralisation vorgeschlagen, weil ich befürchtet habe, daß durch die Einrichtung von örtlichen Kassen der Arbeiter zu sehr an die Scholle gebunden werde. Nachdem aber die Centralisation nicht möglich geworden ist, glaube ich, daß durch örtliche Vereine dasselbe erreicht werden könne. Diese können mit einander in Geschäftsverbindung treten, so daß, wenn ein Mitglied aus der einen Kasse austritt, es unter denselben Bedingungen in eine andere Kasse eintreten kann. Bei solchen Versorgungsanstalten müßte eine möglichst große Verzinsung gewährt, und müßte möglichst wenig für Spesen ausgelegt werden. Das Letztere wird möglich, wenn man die Kassenführung ganz in die Hände des Ausschusses legt. Ich schlage demnach vor, daß wir von den vorjährigen Beschlüssen der Gründung einer allgemeinen großen Anstalt abgehen, und daß der Ausschuß ein Normalstatut für örtliche Unterstützungsvereine entwerfe, und deren Gründung empfehle. Noch bleibt ein Punkt zu besprechen: ob die Unterstützung auf frühe invalid werdende Arbeiter ausgedehnt werden solle. Viele sind der Ansicht, daß man die Versicherung auch hierauf ausdehnen könne; ich meinestheils habe diese Ansicht noch nicht gewinnen

können, denn es wäre fast mit Sicherheit vorauszusehen, daß Kassen, welche hierauf sich einließen, Bankrott machten. Vielmehr bin ich der Ansicht, daß die Ueberschüsse dazu verwendet werden könnten, den frühe invalid gewordenen Arbeitern etwas auszubezahlen. Gründen wir also einmal Altersversorgungskassen, in welchen der Arbeiter im Lebensalter von 53 bis 55 Jahren ein kleines Kapital erhält, dann werden wir mit der Zeit auch weiter gehen können. Ich stelle demnach folgende Anträge:

- 1) Die Errichtung von Altersversorgungskassen nach dem Grundsätze der Gegenseitigkeit ist den Arbeitervereinen anzuempfehlen.
- 2) Es ist vortheilhaft, die Kassenführung derartiger Vereine schon bestehenden Genossenschaften als Kredit- oder Spar- oder Baugenossenschaften, zu übertragen.
- 3) Die Altersversorgungsvereine sollen möglichst gleichartig eingerichtet werden, und es wird der ständige Ausschuß beauftragt, binnen drei Monaten den Vereinen ein Normalstatut unter Berücksichtigung der dem zweiten Vereinstage gemachten Vorlage zugänglich zu machen.
- 4) Die verschiedenen Altersversorgungsvereine sollen mit einander in Verbindung treten, um den Mitgliedern den Uebergang aus einer Anstalt in die andere zu erleichtern.

Pfeiffer (Stuttgart) ist gleichfalls der Ansicht, daß man zuvor die Lokalvereine erstarken lassen müsse, ehe man eine allgemeine Altersversicherungskasse errichte.

Hochberger: Ich glaube, daß die Zeit nicht so rasch hinreichen dürfte, in welcher die gemachten Vorschläge sich verwirklichen werden. In Beziehung auf die Unterstützungskassen in Krankheitsfällen möchte ich Einiges anführen. Wir haben in verschiedenen Staaten Deutschlands Kranken-Unterstützungskassen, welche nicht ausschließlich unter der Verwaltung der Arbeiter stehen, sondern welche von den Fabrikanten obligatorisch für die erkrankenden Arbeiter ins Leben gerufen worden sind, ohne daß den Arbeitern gestattet ist, über die eingelegten Gelder ihr Eigenthumsrecht in irgend einer Weise geltend machen zu dürfen. Ich schlage daher folgenden Verbesserungsantrag vor:

Der Vereinstag wolle erklären:

- 1) Daß Kranken-Unterstützungskassen für Arbeiter, insbesondere in Fabriken, wo sie obligatorisch eingeführt

sind, Eigenthum der Arbeiter in so lange bleiben, als die Mittel der Kasse von ihnen herrühren.

- 2) Daß Ueberschüsse, welche sich aus den Kassen ergeben, nach Zumeisung eines Theils derselben zu einem Reservefonds nachstehende Verwendung finden sollten:
  - a) als Unterstützung in Unglücksfällen, welche eine längere, als die statutenmäßige Arbeitsunfähigkeit begründen; b) bei, nach einer Reihe von Jahren im gleichen Geschäfte, aufgeriebener Arbeitskraft und dadurch abnehmendem Verdienst oder Lohn; c) nach einer bestimmten Anzahl von Jahren im gleichen Geschäfte geleisteten Diensten, welche gänzliche Arbeitsunfähigkeit begründen, in Form einer Pension.
- 3) Allen Arbeitgebern, insbesondere Fabrikanten, denen das Loos ihrer Arbeiter am Herzen liegt, und bei denen derartige Verhältnisse vorhanden sind, werden diese Vorschläge dringend empfohlen.

Marrens bringt die in Hamburg bestehenden Verhältnisse zur Sprache und schildert, wie sie in Hamburg die Altersversorgung hauptsächlich in der Sorge für Wohnungen bestehen lassen, was den alten Leuten am meisten wohl thue.

Wundt (Heidelberg) fragt, wie der Berichtstatter sich die Verbindung der einzelnen Versorgungsvereine unter sich vorstelle?

Der Berichtstatter Sonnemann antwortet, er denke sich diese Verbindung als eine ganz lose. Die Organisation unserer Vorschußvereine, fährt Sonnemann fort, bietet im allgemeinen eine ungleich größere Sicherheit, als viele deutsche Bankinstitute. Es wäre sehr zu wünschen, daß unsere andern deutschen Banken sich auch unter sich organisirten, anstatt daß jede für sich vereinzelt besteht.

Bei der Abstimmung werden die vier Anträge von Sonnemann, nebst dem Verbesserungsantrage Hochbergers angenommen.

### 3.

#### Ab schaffen g der Wanderbü cher.

Berichtstatter: B a n d o w.

Vorsitzender: Vicepräsident Pfeiffer.

(Der Präsident läßt im Namen des Stuttgarter Lokalkomités die Vertreter der deutschen Arbeitervereine

auf heute Nachmittag zum Besuche der Gärten und der Schloßer der Wilhelma bei Cannstatt ein. Dieser Besuch wurde zur allgemeinen Zufriedenheit der Theilnehmer ausgeführt.)

Badow: Von den Beschränkungen haben alle Stände, namentlich aber der Arbeiterstand, zu leiden. Dies wird gewiß anerkannt, daher möchte ich einfach folgende Anträge empfehlen: Der dritte Vereinstag deutscher Arbeitervereine wolle erklären:

„Das zur Zeit in Deutschland bestehende Paßsystem ist aus politischen, socialen und volkswirtschaftlichen Gründen nicht länger haltbar. Durch den Paßzwang und die Paßcontrole werden die arbeitenden Klassen am härtesten betroffen. Es ist Pflicht der Regierungen, alle die freie Bewegung von Ort zu Ort beschränkenden polizeilichen Bestimmungen schleunigst aufzuheben. Die Arbeitervereine haben in eigenen Interesse mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß der Verkehr durch dergleichen Hindernisse nicht länger gehemmt, und daß sie bei zu erlassenden neuen, denselben regelnden Bestimmungen den übrigen Klassen der Gesellschaft gleichgestellt werden.“

Weithmann (Leipzig), Mit- Berichterstatter: „Wer nichts hat, der ist ein Lump.“ nach diesem Grundsatz scheinen diejenigen behandelt zu werden, für welche solche Beschränkungen der Paßgesetzgebung gemacht werden. Die Erfahrung kann man überall machen, daß der, der etwas hat, geachtet, wer nichts hat, verachtet wird. Ich berichtige nur den wesentlichen Punkt in dem Antrage, daß doch einige deutsche Regierungen die Wanderbücher abgeschafft haben, nämlich Baden, Bayern, Oesterreich, Sachsen. In diesen Ländern sind die sogenannten Paß- oder Arbeitsbücher eingeführt, und dieselben vertreten fast ganz die Stelle eines Passes. An dem Antrag Badow's möchte ich nunmehr folgende Punkte geändert wissen:

- 1) anstatt: „das zur Zeit in Deutschland bestehende Paßsystem“ sollte es heißen: das zur Zeit noch in den meisten Staaten Deutschlands bestehende u. s. w.;
- 2) den Worten: „in Deutschland bestehende Paßsystem“ sollte angefügt werden: namentlich die Einrichtung der Wanderbücher;
- 3) bei den Worten: „mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln“ ist das Wort „gesetzlich“ überflüssig, weil wir ja überhaupt nichts Anderes wollen, als Gesetzlichkeit.

Dr. Pfeiffer unterstützte diese Anträge und berichtet, daß der hiesige Verein von der Regierung zum Bericht über diese Frage aufgefordert worden sei.

Schwab (Stuttgart): Als Arbeiter selbst bestätige ich, daß das bisherige Paßsystem uns moralisch gebrüht und materiell beschädigt hat. Die Gewohnheit, daß der Arbeitgeber eintragen muß, wenn der Arbeiter bei ihm ein- und wenn ausgetreten ist, hat Nachtheile für den Arbeiter; denn wenn dieser aus unverschuldeten Gründen schon nach ein paar Tagen bei einem Arbeitgeber wieder austreten muß, so ist er, wenn er neue Arbeit suchen will und dabei sein Wanderbuch vorzeigen muß, schon verdächtig als Herumstreicher. Deshalb sollten die Wanderbücher abgeschafft werden. Die Arbeiter wollen bloß haben, was jeder andere ehrliche Mensch auch hat.

Bebel (Leipzig): Die Arbeitsbücher in Sachsen haben unstreitig große Vortheile; sie wurden vor ungefähr 4 Jahren dortselbst eingeführt. Mit ihnen kann man in Sachsen reisen, ohne daß sie im Mindesten ein visa brauchen. In Sachsen ist ausdrücklich bestimmt, daß der Arbeitgeber dem Arbeiter, wenn dieser es nicht verlangt, kein Zeugniß geben darf. In Ländern, in denen der Arbeiter keine vollständige Freiheit erlangen kann, möge man wenigstens dahin wirken, daß Arbeitsbücher eingeführt werden. Grundsätzlich bin ich aber auch gegen die Arbeitsbücher und verlange vollständige Freiheit.

Ger mann (Leipzig): Ich betrachte das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als ein freies Vertragsverhältniß, ich betrachte demgemäß den Arbeiter als freien Mann, dem auch nicht der geringste Anschein von Zwang anflehen darf. Wenn nun aber auch auf gewerblichem Gebiete Beschränkungen wegfallen, so bleiben solche doch noch stehen bei den landwirtschaftlichen Arbeitern. Diese haben Gefindebücher, und diese üben einen großen Druck aus auf das geistliche Fortkommen dieser Diensthofenklasse. Der Herr ist da ganz Urtheilssprecher und er ist doch in der Sache Partei.

Martens (Hamburg): Ich bin ebenfalls für die volle Freiheit des Arbeiters. Solche Beschränkungen durch Wanderbücher u. dgl. kommen nur in Deutschland vor; in England z. B. habe ich überall ruhig umherlaufen dürfen. Fort mit allem dem Kram des Paßwesens, werft ihn über Bord! ruft der Redner.

Wenzel (Stuttgart): Ich betrachte den Arbeitgeber nicht als eine Person, von dessen Gnade der Arbeiter abhängt, sondern die beiden haben einander gleich nöthig.

Moriz Müller erzählt, wie er selbst einmal in Bayern auf den Schub gesetzt worden sei, aus dem Grunde, weil er ein Mal auf der Wange habe.

Badow (Berlin): Ich erkläre mich mit den von Weithmann vorgeschlagenen Aenderungen einverstanden. Was die Arbeitsbücher betrifft, so sind sie in Preußen durchaus keine Legitimation zur Wanderschaft, sondern sie sollen bloß feststellen, daß der Betreffende wirklich in Arbeit sei. Aber es ist gänzlich unberechtigt, den ehrlichen deutschen Arbeiter so zu behandeln, wie Lumpen und Gauner. Es ist an der Zeit, daß auch die preussischen Arbeitsbücher abgeschafft werden.

Abstimmung:

Der Antrag von Badow wird mit den Verbesserungen Weithmanns einstimmig angenommen.

Dorst (Zürich): Vor meiner Heimreise drücke ich dem Stuttgarter Lokalkomiteé, der Stadt Stuttgart, unserem ständigen Ausschuß und der ganzen Versammlung meinen herzlichsten Dank für die gute Aufnahme und für die großen Bemühungen um das Gedeihen der gemeinsamen guten Sache aus. Die Aufgabe dieses Vereinstags war eine große, umfassende; daher bedarf es, um unser Ziel zu erreichen, vor allem der Einheit.

#### 4.

### Frauenarbeit.

Berichterstatter: Moriz Müller.

Müller (Pforzheim): Diese Frage ist die wichtigste auf der Tagesordnung; dies wird sich vielleicht erst in einigen Jahren zeigen. Heute will ich aber nur einen gewissen Kernpunkt klar machen in Bezug der Frauenarbeit. Als einer der ersten Kulturgradmesser gilt es, wie hoch oder wie niedrig das Weib in einem Volke steht. Nun aber sagen ganz gute Ehemänner, der Gipfelpunkt sei in dieser Beziehung erreicht und man dürfe in der Freiheit nicht weiter vorwärts gehen. Die Fortschrittmänner machen folgende, ganz triftige Einwände in Bezug der Frauenfrage: Der Organismus des Weibes sei ein ganz anderer, als der des Mannes, daher sei auch der Beruf des Weibes ein anderer; die Frau passe nur für die Häuslichkeit und ein stilles Leben, um eine Facharbeit aber brauche sie sich nicht zu kümmern. Diese Einwände sind begründet. Allein wir verlangen ja auch keineswegs eine Gleichmachung

des Weibes mit dem Mann, wohl aber die Gleichstellung und die Ebenbürtigkeit, die Frau darf nicht von den höheren Zwecken des Menschthums ausgeschlossen werden, sie muß im Allgemeinen und fürs Allgemeine mit derselben Freiheit wirken können, als der Mann. Sehen wir einmal auf die religiöse Erscheinung. Die religiöse Bildung übt einen ungeheuren Einfluß auf das ganze Thun und Lassen der Menschen aus. Da gibt es nun aber sogar Fortschrittmänner, während ihre Frauen Pietistinnen sind. Eine zweite Erscheinung ist die politische. Es ist ganz richtig, daß die Frau die Krone des Familienlebens bildet und daß das Familienleben für ihr Wirken immer der Mittelpunkt bleiben muß. Auch ich will die Frau keineswegs zu einem offenen politischen Alltagsleben gezogen sehen, aber das Familienleben wird durch eine politische Bildung der Frau erhöht. Die Frauen zeigen heutzutage für unsere vaterländischen Angelegenheiten so gar wenig Interesse, und wie kann eine solche Frau den jungen Gemüthern ihrer Kinder Vaterlandsiebe einpflanzen? Eine andere Erscheinung ist die sociale, die sittliche, die geistige Erscheinung des menschlichen Lebens. Keine der geringsten Ursachen dafür, daß es so viele unglückliche und so wenig glückliche Ehen gibt, ist die mangelhafte geistige Bildung des Weibes. Wenn auch am Anfang die Ehe glücklich ist, so kann sie doch im Verlauf der Zeit durch die geistige Beschränktheit des Weibes zu einer immer unglücklicheren werden, wenn die Frau ihrem Manne in seinen Geschäften nicht die rechte Beirätherin und Genossin sein kann. Häufig führt die Frau bloß ein vegetirendes Leben. — Kurz, in jeder Erscheinung des menschlichen Lebens findet man einen Ausruf zur Arbeit, um das Weib gebildeter zu machen. Deshalb bitte ich den Vereinstag zu erklären, daß auch bei den Frauen keine Entwicklung gedeihen könne ohne freie Entfaltung aller ihrer Eigenthümlichkeiten, und daß das geistige Element, welches unabhängig vom Geschlechte ist, bei beiden Geschlechtern gleich sehr gebildet werden müsse, und daß der Staat die Pflicht habe, für gute Bildungsanstalten zu sorgen. Dies in Bezug des Prinzips. — Der zweite Punkt ist, was die Arbeiter zu thun haben, um für die Reform in der Frauenwelt zu wirken. Hiefür gebe ich zwei Punkte an: 1) Die Arbeiterinnen stehen dem Arbeiter am nächsten, die Arbeiter haben daher die Frauen über alle die Fragen aufzuklären, welche für den Arbeitenden gut sind; 2) die Arbeiter müssen ihre ganze moralische Ueberzeugung einsetzen, um die Arbeiterinnen auf einen selbstständigen Weg zu bringen. Es ist daher 1) Pflicht

der Arbeiterinnen, für sich selbst zu sorgen, und 2) Pflicht der Arbeiter, für die Arbeiterinnen zu sorgen. Was die einzelnen Arbeitsarten betrifft, zu denen die Frau fähig ist, so sind von denselben hiefür die meisten zu nennen; manche andere aber halte ich nicht für gut, als Cigarrenmachen u. dgl.

Als Kardinalsätze stelle ich auf:

Die Frauen sind zu jeder Arbeit berechtigt, zu welcher sie fähig sind.

Die noch bestehenden gesetzlichen Hindernisse, welche der Ausübung der Frauenrechte im Wege stehen, sind zu beseitigen.

Die Fähigkeit der Frauen zur Arbeit wird nicht durch die gesetzliche Erlaubniß, sondern durch die freie That erwiesen.

Es ist Pflicht der Familien, die natürliche Fähigkeit der Frauen durch die Erziehung möglichst auszubilden und die Aufgabe des Staates und der Gemeinden für weibliche Bildungsanstalten zu sorgen.

Es ist Pflicht der Frauen, die Wohlfahrt ihres Geschlechts ganz besonders ins Auge zu fassen und durch vereinte Thätigkeit Mitsorge für geeignete Reformen zu tragen.

Es ist Pflicht der Arbeiter sich in der Weise der Arbeiterinnen anzunehmen, daß diese nach denselben Principien wie die Arbeiter auf dem Weg der Selbsthilfe und Association Arbeiterinnenvereine gründen.

Nun handelt es sich um die rechte Gelegenheit für die Frauen, die Arbeiten zu erlernen. Dazu sind freilich die Fabriken und die meisten Geschäfte nicht geeignet, weil in denselben die Mädchen in zu unmittelbare Berührung mit den Arbeitern kommen, so daß daraus für beide Theile große Nachteile erwachsen. Daher befürworte ich die Industrieschulen, in welchen alle Frauenarbeiten erlernt werden können und in welchen auch wirklich Werkzeuge angeschafft werden.

Wenn alle die besagten Reformen eingeführt werden, so werden sich allerdings manche Uebelstände und Nachteile ergeben; aber ich sage: die Vortheile überwiegen die Nachteile. Wir wollen die Frauen zum vollgültigen Bilde der Menschheit machen und sie als dem Manne ebenbürtig zur Seite stellen. Daher stelle ich folgende Anträge:

- 1) Der Arbeitertag erklärt: daß er aus national-ökonomischen Rücksichten die hohe Bedeutung der Mobilmachung der weiblichen Arbeitskraft anerkennt, und

indem er als geeignetes Mittel zur Ruhbarmachung der Frauenarbeit die Gründung von weiblichen Industrieschulen empfiehlt, die den Mädchen, welche sich dem Gewerbe nach widmen wollen, die Gelegenheit verschaffen und die Pflicht auferlegen, die Gewerbe, die sich fürs weibliche Geschlecht eignen, gründlich und praktisch zu erlernen, wünscht er der demnächst in Leipzig zusammentretenden Frauenkonferenz der deutschen Frauenvereine Glück, weil diese Frage dort in den Vordergrund gestellt wird.

- 2) Der Arbeitertag erklärt: daß er für das weibliche Geschlecht jene Befreiung für die rechte hält, welche zur Selbstständigkeit und zu ernster Pflichterfüllung führt, und damit zu jener Gleichberechtigung und Gleichstellung, welche ernste Arbeit unter ernstern Arbeitern erwerben muß.

- 3) Der Arbeitertag erklärt, daß es künftig die Aufgabe der Arbeitervereine mit sein muß, durch Belehrung und durch moralische und materielle Unterstützung die Arbeiterinnen zu veranlassen, im gleichem Sinne, wie die Arbeiter, Arbeiterinnenvereine zu gründen, nach den Prinzipien der Selbsthilfe und Association.

Hirzel (Nürnberg): Ueber die Emancipation der Frauenwelt ist schon so viel gelacht worden, aber lachen über etwas Neues kann ein Jeder. Der Fehler war vielleicht, daß zu viel systematisirt wurde, wie weit die Frauen gehen dürften, wie weit nicht. Darum aber ist die Grundidee doch gewiß sehr zu loben. Es handelt sich darum, alle die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche die gegenwärtige Gesetzgebung des Staates der Emancipation der Frauen in den Weg stellt. Es wird vielfach gesagt, die Frau sei gar nicht fähig, sich auf eine höhere Bildungsstufe zu stellen. Aber warum hat man denn so sehr Angst vor einer Frauenemancipation? Die Frauen üben unstreitig großen Einfluß auf die Bildung der Kinder aus, und es ist Thatsache, daß die meisten großen Männer ausgezeichnete Frauen zu Müttern gehabt haben. Wo soll denn der große Mann gebildet werden, wenn nicht schon in der frühesten Jugend die Keime des Edelsinnes und der Vaterlandsliebe in sein Herz gepflanzt werden? Woher aber sonst kommt der Mangel an charakterfesten Männern, als daher, daß die Mütter ihre hohe Aufgabe nicht verstehen? Der Staat kann keine Kraft entbehren. Wenn es also möglich ist, daß die Frauen zu einer Kraft im Staate werden, so ist es Pflicht

des Staates, diese Kraft zu benützen. Die Arbeitervereine werden deshalb so wenig von den Arbeitern benützt, weil die Frauen ihre Männer davon abhalten, weil sie zu wenig gebildet sind, um ein Verständniß für die Zwecke dieser Vereine zu haben, so daß sie das Geld und die Zeit lieber zu Vergnügungen verschwenden wollen.

Es wird eingewendet, daß es für das Weib selbst besser sei, wenn es in seiner jetzigen Stellung bleibe. Aber das muß doch das Weib am besten wissen. Ferner kann ein Mädchen, wenn es sein Brod selbst zu verdienen im Stande ist, viel eher verheirathet werden, als wenn es dies nicht im Stande ist. Aus der langen Verzögerung der Schließung der Ehe aber entspringen bei beiden Geschlechtern Nichts als Uebelstände und Nachtheile. Weiter wird eingewendet, die häusliche Gemüthlichkeit möchte dann bei den Frauen darunter leiden. Allein davon habe ich gerade das Gegentheil kennen gelernt, und ganz gewiß führt die größere Bildung der Frau dazu, den Mann mehr an das Haus zu fesseln. Endlich ist noch der Vortheil da, daß nach der Emancipation die Frau dem Manne auch mitrathen und mithelfen kann. Die Frau ist auch für die geistige Arbeit da. Darum empfehle ich die Anträge des Herrn Müller aufs dringende.

Schberger (Ehlingen): Für mich ist die Frage entscheidender: Sind die Arbeiterinnen in sich schon erklart, daß sie sich auf ein Gebiet wagen können, welches vielseitig besprochen werden muß? Ich glaube das nicht. Ich glaube, es würde vielleicht den Beschlüssen der Arbeitervereine schaden, wenn sie über eine so inhaltsschwere Frage nur so leicht hinweggingen, als es bei der beschränkten Zeit der Fall sein muß. Was der Staat, was die Ständekammern bis heute nicht fertig bringen konnten, das werden die Arbeiter in solch' kurzer Zeit auch nicht fertig bringen. Es ist gut, daß die Frage einmal angeregt ist. Wenn die Arbeitervereine überhaupt auf sittliche Bildung unter den Arbeitern hinwirken, so wird diese sich auch auf die Arbeiterinnen übertragen. — Für jetzt, da die Arbeitervereine noch nicht in sich erklart sind, daß auf erheblichen Erfolg gerechnet werden könnte, sollten wir dem Berichterstatter für seinen Bericht danken, nicht aber seine Anträge annehmen.

Frei (Stuttgart): Der Mensch hat sowohl eine geistige, als eine körperliche Seite. So ist auch die Arbeiterfrage eine doppelte, sie kann behandelt werden von den gebildeten Ständen, aber auch vom Arbeiterstande; und von beiden Stand-

punkten aus ist die Frage ganz verschieden zu beantworten. Das erste, was man von einem Jünglinge verlangt, wenn er heirathen will, ist, er müsse Frau und Kinder ernähren können. Wenn nun die Frau auch arbeitet, so kann die Ehe viel leichter geschlossen werden; dann aber werden viel mehr und viel leichtsinnigere Ehen geschlossen, und es erwächst eine schlechte Generation. Das Weib ist der schwächere Theil und hat vor Allem die Erziehung der Kinder zu leiten. Bis jetzt ist ja der Arbeiter noch nicht emancipirt. Wir müssen aber vorher die vollständige Emancipation der Arbeiter haben, ehe wir die Frauen emancipiren können.

Wenzel (Stuttgart): Die Frauenfrage ist eine Frage der Bildung. Wenn früher der Arbeiter nicht Zeit gehabt hat, auch an Andere zu denken, so sollten wir doch heute die Frage gründlich besprechen und nicht wieder hinauschieben. Ich liebe solche Familien nicht, in denen Alles arbeitet, sondern solche, in denen das wahre Familienleben vorherrscht. Ich würde es daher für hinreichend halten, wenn der Mann arbeitet. Weil aber einmal die Frauen der Anzahl nach vorwiegen, weil daher viele Frauen keine Versorgung durch Heirath finden, so müssen wir für diese einzelstehenden Frauen auch etwas thun, und aus diesem Grunde bin ich für die Frauenarbeit. Wenn ein Frauenzimmer sich auf schlechtem Wege befindet, so ruft man ihm zu: Arbeiten! Aber die Thüre zur Arbeit wird verschlossen durch engherzige Vorurtheile. Es ist daher Pflicht, zuerst zu sagen: Die Arbeiterinnen haben das Recht, sich Arbeit zu suchen, welche sie wollen und soviel sie wollen, und man darf sie da nicht verspotten. Wir alle huldigen dem demokratischen Princip, bei diesem Prinzip aber wird Rechtsgleichheit vorausgesetzt. Daher soll man die Frauen beim Geschäfte aufnehmen als gleichberechtigt mit den Männern. Gleiches Recht für alle, gleiches Recht für die besseren Kräfte unter dem weiblichen Geschlechte! schließt der Redner unter dem Beifalle der Versammlung.

Pfeifer (Stuttgart): Ein Punkt ist bis jetzt noch nicht berührt worden: Der national-ökonomische Punkt. Warum, fragen wir, sind die Arbeiter gegen die Frauenarbeit, und warum haben sie ein Recht, gegen dieselbe zu sein? Wenn sie sagen, die Frauen können um geringern Lohn arbeiten, weil dieselben weniger Bedürfnisse haben, und so werden sie, die Arbeiter, auch um geringen Lohn arbeiten müssen, so ist diese Thatsache nicht zu leugnen. Man kann jedoch den Frauen ganz füglich die Arbeit möglich machen, und das was wir er-

streben, ist auf dem Wege der Produktivgenossenschaften zu erreichen, wo die Bezahlung der Leistungen nach ihrem Werthe erfolgt.

Edardt (Heidelberg): Ich stelle den Antrag: die Versammlung erklärt sich mit den von Müller vorgeschlagenen Säben im Allgemeinen einverstanden, namentlich mit der Nothwendigkeit der Beseitigung aller der Hindernisse, welche der Frauenarbeit im Wege stehen, und beauftragt ihren Vorstand, den Gegenstand auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstages zu setzen. Der Antragsteller fährt fort: jetzt tritt die Emancipation des bisher zurückgesetzten Geschlechtes hervor, der Arbeiter muß mit dem letzten Theile der Unterdrückten Mitgefühl haben, daher ist es auch kaum zu begreifen, wenn aus der Mitte der Arbeiter eine Stimme gegen die Frauenemancipation sich erhebt. Wenn die Emancipation der Frauen hier beschlossen wird, so können Sie zwei Thaten mit nach Hause nehmen: die Aussprechung des allgemeinen gleichen und unmittelbaren Wahlrechts, und die Aussprechung der Emancipation der Frauen. Das was unsere Nachbarländer, England und Frankreich ins Werk gesetzt haben, das werden auch wir in Deutschland, schließt der Redner, einführen können, und zwar mit ruhiger, reifer Ueberlegung.

Hartung: Unser aller Aufgabe ist, dahin zu streben, daß die Frauen selbständiger im Leben dastehen. Was aber die Arbeit der Frauen betrifft, so ist es hinreichend, wenn der Mann den ganzen Tag im Geschäft ist; die Frau aber darf man nicht ihrem eigentlichen Berufe des häuslichen Waltens und der Kindererziehung entziehen. Es ist genug wenn Frauen, welchen sonst kein Ziel ihres Wirkens gesetzt ist, arbeiten.

Müller erklärt sich mit Edardts Antrage einverstanden, was die Versammlung mit Zustimmung aufnimmt.

Der Vereinstag nimmt den Müller-Edardt'schen Antrag mit großer Mehrheit an.

## 5.

### Lehrmittel.

Berichterstatter: Hirsch aus Magdeburg.

Hirsch: Die Bildung muß in Deutschland die Grundlage jedes Fortschritts sein. Im Allgemeinen haben unsere Vereine in dem abgelaufenen Jahr möglichst viel für die geistige

Hebung ihrer Mitglieder gethan, dennoch aber haben sich auch große Mißstände gezeigt, und in vielen Vereinen ist das geistige Leben ganz verwahrlost und liegt so gut wie ganz darnieder. Dagegen anzutreiben muß sicherlich unsere Aufgabe sein. Alles andere, was wir vorhaben, kann nur dann erreicht werden, wenn wir es mit gebildeten Arbeitern zu thun haben. Demgemäß schlage ich vor: der Vereinstag erklärt: 1) den Vereinen wiederholt die Wichtigkeit wissenschaftlicher Vorträge und Unterrichtskurse ans Herz zu legen; 2) einen Aufruf an die deutschen Männer der Wissenschaft zur Unterstützung der Bildung der Arbeitervereine zu erlassen; 3) zur Gründung und Erhaltung von kleineren Vereinen, insbesondere auf dem Lande, Wanderlehrer auszusenden und die Gauverbände zu gleichem Verfahren aufzufordern; 4) ein gemeinsames Liederbuch für die deutschen Arbeitervereine einzuführen. (Dieser Punkt auf besonderes Verlangen des Magdeburger Vereins.)

Der Redner fährt fort: Lesebücher kann ich heute aus Mangel an Zeit nicht vorschlagen; ich erwähne nur, daß die deutsche Arbeiterbibliothek von Weithmann in ihrem Bereiche ganz Vortreffliches leistet, daß die Idee eines solchen Werkes eine ganz vorzügliche ist, und daß die Anschaffung desselben dringend sich empfiehlt. Noch möchte ich das treffliche Büchlein von Bod in Leipzig: „Volksgesundheitslehre“ jedem Arbeiter ganz angelegentlich empfohlen haben. Der Redner schließt unter dem allgemeinen Beifalle der Versammlung.

Weithmann (Leipzig): Ich will nur darthun, daß ich mit voller Uneigennützigkeit und einzig nur zum Fortschritt zu verhelfen und dem Wohle des Ganzen zu dienen, die deutsche Arbeiterbibliothek ins Leben gerufen habe. Ich unterordne mich jedem Beschlusse, nur um dem allgemeinen Wohle zu dienen. So stelle ich den Antrag, daß die Versammlung jetzt schon beschließe, unter den Lehrmitteln die deutsche Arbeiterbibliothek den Vereinen ausdrücklich zu empfehlen. Zugleich möge den Vereinen empfohlen werden können, welche in den Versammlungen öffentliche Vorträge halten, zu veranlassen, dieselben an den Herausgeber der deutschen Arbeiterbibliothek einzusenden. Wenn man in Bezug auf ein allgemeines Organ für die Vereine dahin sich entschieden hat, daß ein solches nicht nothwendig sei, so glaube ich, daß ein Organ in dem Sinne, wie die deutsche Arbeiterbibliothek erscheint, sehr zu empfehlen ist.

Greulich (Neutlingen): Es ist wahr, daß in der geistigen Bildung viele kleine Vereine traurig dastehen. Diese Er-

scheinung rührt aber in Reutlingen davon her, daß der Arbeiterbildungsverein die erforderlichen Räumlichkeiten für seine Zusammenkünfte nicht finden konnte. Ich stelle daher den Verbesserungsantrag, zu den Anträgen von Hirsch hinzuzufügen, daß von dem ständigen Ausschuß auch an die städtischen Behörden der Aufruf ergehe, die Arbeiterbildungsvereine durch Ueberlassung von Räumlichkeiten zu unterstützen.

Bebel (Leipzig): Auch ich kann bezeugen, daß es in den Vereinen, was die Bildung betrifft, vielfach sehr traurig aussieht. Ich schlage daher vor, der Vereinstag möge den ständigen Ausschuß beauftragen, in Betreff von Büchern und Schriften, welche für die Arbeiter als besonders zweckmäßig erkannt wurden, sich mit den betreffenden Herausgebern in Verbindung zu setzen, um dieselben möglichst billig anzuschaffen. Was das von Hirsch vorgeschlagene allgemeine Liederbuch betrifft, so bin ich dagegen.

Hirsch: Was den Antrag von Weithmann betrifft, daß man die von ihm herausgegebene Arbeiterbibliothek jetzt schon den Vereinen empfehlen solle, so bin ich dagegen, weil damit der Vereinstag die Verantwortlichkeit für den Inhalt dieses Werkes auf alle Zeiten übernehmen würde. Es ist aber Sache des Werkes selbst, sich zu empfehlen. Mit dem Antrag von Bebel bin ich einverstanden.

#### Abstimmung:

Die drei ersten Anträge Hirschs mit dem Verbesserungsantrage von Greulich werden angenommen. Der vierte Antrag (des Magdeburger Vereins) wird abgelehnt.

Der Antrag Bebels wird angenommen. —

Der Präsident theilt mit, daß der neugewählte Ausschuß Herr Sonnemann einstimmig wieder zum Vorsitzenden gewählt hat, daß aber, weil derselbe die Wahl abgelehnt hat, Herr Staubinger (Nürnberg) zum Vorsitzenden ernannt wurde. Das Schriftführeramt wird Herr Hirtzel (Nürnberg), das Kassenführeramt Herr Sonnemann (Frankfurt) übernehmen.

Ein Antrag aus Darmstadt ist eingelaufen, es möchten auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung nur ganz dringende Fragen gesetzt werden, weil die allzugroße Anzahl von Berathungsgegenständen das Interesse der Versammlung erlahme.

Seinguerlet (Paris): Im Namen der französischen Journalisten danke ich Ihnen für die herzliche Aufnahme, die

uns zu Theil geworden ist. Ich kann Sie versichern, daß die Franzosen energische Bundesgenossen der Deutschen in der Arbeiterfrage sein werden.

Sofort fordert der Präsident auf, Vorschläge in Betreff des Ortes des nächsten Vereinstages zu machen.

Voget lädt die Vertreter nach Hamburg ein, weil Hamburg im Genossenschaftswesen allen übrigen Städten vorgegangen sei, und weil man auch einmal im Norden tagen soll, damit die Gegensätze von Nord und Süd ausgeglichen werden.

Der Vertreter von Gera lädt in diese Stadt ein, weil hieher für die Meisten am leichtesten zu kommen sei, da die Stadt im Mittelpunkt Deutschlands liege.

Gegen Voget wird eingewendet, daß im Norden Deutschlands nur einige wenige Vereine seien; Hannover sei ganz ausgeschlossen. Nur im Süden könne man tagen, weil da die meisten Vertreter vereinigt werden können.

Hirsch kann sich, so hoch er die Verdienste Hamburgs schätze, doch nicht für diese Stadt erklären, weil in der Umgegend von Hamburg zu wenig Vereine bestehen, und weil für die meisten Vertreter, welche doch im Süden wohnen, der Weg nach Hamburg zu weit sei. Hirsch schlägt deshalb Magdeburg vor, freilich nur in dem Fall, wenn übers Jahr die preussischen Verhältnisse für eine deutsche Arbeiterversammlung sich günstiger gestalten haben würden, als dies jetzt der Fall ist. Die Wahl des Ortes wird schließlich dem ständigen Ausschuß überlassen.

Präsident Randow: Blicken wir auf die beiden ersten Vereinstage zurück, so müssen wir sagen, daß unsere Berathungen von Erfolg gewesen sind. Beim ersten Vereinstag in Frankfurt war die Zahl der Vertreter eine geringe, beim zweiten in Leipzig waren es schon mehr, und hier in Stuttgart sind schon nahezu an eintausend Mitglieder anwesend. Die Vertreter dieses Vereinstags haben ihre Schuldigkeit gethan, indem sie mit Sorgfalt und unermüdlichem Eifer den Berathungen beigewohnt haben. Wenn es auch anfangs schien, als würden unsere Versammlungen einen stürmischen Charakter an sich tragen, so hat sich doch die Sache in Friede und Einigkeit aufgelöst. Und die Hartnäckigkeit, die sich von manchen Seiten zeigte, möge auch ihre guten Früchte getragen haben.

Es liegt mir noch ob, dem Lokalkomitee und den Behörden der Stadt Stuttgart den innigsten Dank zu sagen dafür, daß sie uns so gut aufgenommen und so gut bewirthet haben,

ebenso den Herren, welche fernher gekommen sind, dafür, daß sie Zeit und Mühe nicht gescheut haben, an unsern Berathungen Theil zu nehmen; Dank den Vertretern der Presse, welche dafür sorgen, daß die Beschlüsse unserer Versammlung schnell in die Welt hinausgetragen werden; Dank endlich der Turnerschaft, welche mit so großem Eifer das für unsere Versammlungen Nöthige besorgt hat. Ich schließe diesen Vereinstag mit dem Wunsch, daß unsere Verhandlungen nicht ohne Frucht sein möchten.

Die Versammlung dankt durch Aufstehen von den Sitzen dem abgetretenen Ausschuss für die unermüdlige Thätigkeit, die er im verfloffenen Jahre entwickelt hat.

Sonnemann bemerkt, daß dieser Vereinstag an einer gefährlichen Klippe angelangt, aber glücklich daran vorbeigeschifft sei. Der Redner bringt ein Hoch auf die Arbeiterbewegung aus, in welches die Versammlung mit dreimaligem begeistertem Rufe einstimmt.

Schließlich spricht Staudinger dem Präsidenten und dem gesammten Comité den Dank aus, der gewiß von der ganzen Versammlung gleichermaßen getheilt werde.

#### Verzeichniß der am dritten Vereinstag vertretenen Vereine.

|                  |                |                       |
|------------------|----------------|-----------------------|
| 1. Alen,         | durch Bull     | vom Arb.-Bildgs.-Ver. |
| 2. Augsburg,     | " Stollberg    | " " " "               |
| 3. Berg,         | " Butsch       | " " " "               |
| 4. Berlin,       | " Bandom       | " Arbeiter-Verein.    |
| 5. Biberach,     | " Gaupp        | " Arb.-Bildgs.-Ver.   |
| 6. Blaubeuren    | " Schlumberger | " " " "               |
| 7. Bremen        | " Bredehorst   | Verein Vorwärts.      |
| 8. Carlsruh,     | " Holzhäuser   | " Arb.-Bildgs.-Ver.   |
| 9. Coburg,       | " Dr. Streit   | " " " "               |
| 10. Constanz,    | " Speiser      | " " " "               |
| 11. Crinitzshau, | " Gotteler     | " " " "               |
| 12. Darmstadt,   | " Dr. Wilf     | " " " "               |
| 13. Duisburg,    | " Dr. Lange    | " Consum-Verein.      |
| 14. Eßlingen,    | " Hochberger   | " " " "               |

|                    |                 |                                       |
|--------------------|-----------------|---------------------------------------|
| 15. Frankenburg,   | durch Pilz      | vom Arbeiter-Verein.                  |
| 16. Frankfurt a/M, | " Hohenemser    | " Arb.-Bildgs.-Ver.                   |
| 17. Freiburg,      | " Enge          | " " " "                               |
| 18. Fürth,         | " Hirzel        | " Arbeiter-Verein.                    |
| 19. Gießen,        | " Dörr          | " Arb.-Bildgs.-Ver.                   |
| 20. Glauchau,      | " Schmidt       | " Gewerb-Verein.                      |
| 21. Glauchau,      | " Mendel        | " Fortbildgs.-Verein.                 |
| 22. Gotha,         | " Sauerteig     | " Arb.-Bildgs.-Ver.                   |
| 23. Göppingen,     | " Hach          | " " " "                               |
| 24. Hall,          | " Rüd           | " " " "                               |
| 25. Hamburg        | " Voget         | " " " I.                              |
| 26. Hamburg        | " Martens       | " " " II.                             |
| 27. Hanau,         | " König         | " " " "                               |
| 28. Heidelberg,    | " Wundt         | " " " "                               |
| 29. Heidenheim,    | " Schlierer     | " " " "                               |
| 30. Heidenheim,    | " Pilz          | " Arbeiter-Verein.                    |
| 31. Hßei,          | " Schwarz       | " Arb.-Bildgs.-Ver.                   |
| 32. Kempten,       | " Engelhart     | " " " "                               |
| 33. Kirchheim,     | " Lechner       | " " " "                               |
| 34. Leipzig,       | " Bebel         | " Zimmergesell. Fort-<br>Bildgs. Ver. |
| 35. Leipzig,       | " Weithmann     | " Maurergesell.-Ver.                  |
| 36. Leipzig,       | " Germann       | " Arb.-Bildgs.-Ver.                   |
| 37. Leichingen,    | " Stoh          | " " " "                               |
| 38. Lohr,          | " Zellner       | " " " "                               |
| 39. Magdeburg,     | " Dr. Hirsch    | " " " "                               |
| 40. Maingau Verbb. | " Stuttmann     | " " " "                               |
| 41. Mannheim,      | " Eichelsbörfer | " " " "                               |
| 42. Nürnberg,      | " Staudinger    | " Arbeiter-Verein.                    |
| 43. Obermannstadt, | " Schulz III.   | " Arb.-Bildgs.-Ver.                   |
| 44. Offenbach,     | " Sonnemann     | " Ver. Metall.Arb.                    |
| 45. Offenbach,     | " Lachmann      | " Arb.-Bildgs. Ver.                   |
| 46. Oldenburg,     | " Thorade       | " " " "                               |
| 47. Oppenheim,     | " Liebmann      | " " " "                               |
| 48. Pforzheim,     | " Provance      | " " " "                               |
| 49. Ravensburg,    | " Knöll         | " " " "                               |

|                         |             |                       |
|-------------------------|-------------|-----------------------|
| 50. Reutlingen, durch   | Greulich    | vom Arb.-Bildgs.-Ver. |
| 51. Schorndorf, "       | Bareis      | " " " "               |
| 52. Stuttgart, "        | Frei        | " Ver. Cigarren-Arb.  |
| 53. Stuttgart, "        | Klumpp      | " Gutenberg-Verein.   |
| 54. Stuttgart, "        | Pfeiffer    | " Arb.-Bildgs.-Ver.   |
| 55. Lurm, "             | Schäffer    | " " " "               |
| 56. Tuttlingen, "       | Teufel      | " " " "               |
| 57. Ulm, "              | Hartig      | " " " "               |
| 58. Verbb. sächs. Arb.- |             |                       |
| Verein.                 | Lippold     |                       |
| 59. Wollershausen,      | Müller      | " " " "               |
| 60. Württembergischer   | Gauverband  |                       |
| 61. Zwickau, "          | Ergenzinger | " " " "               |

Aus Frankreich waren 3, aus der Schweiz 2 Vertreter anwesend.